

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Postteile oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsangelegen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Mehr Agitation!

Immer wieder müssen wir unsere mahrende Stimme erheben, die Agitation für den Verband nicht zu vernachlässigen, bei allen Gelegenheiten und allerorten für unsere Sache regen zu agitieren. Wie uns scheint, wird von unseren Kollegen im Lande draußen lange nicht genügend agitiert, wird die Agitation zu sehr als Nebensache unserer Organisationsstätigkeit betrachtet, sonst müßte sich die Mitgliederentwicklung unseres Verbandes in den letzten Jahren weit günstiger gestaltet haben, als es der Fall gewesen ist. Viele Kollegen werden uns da entgegen: „Ja, seid ihr denn noch nicht zufrieden, nachdem der Holzarbeiterverband im Jahre 1906 um nicht weniger als 21576 Mitglieder zugenommen hat?“ Wir müssen antworten, daß wir damit nicht zufrieden sein können, daß aber weniger noch die Mitgliederentwicklung im ersten Halbjahr 1907 uns befriedigen kann.

Wie schon mehrfach mitgeteilt, hatte der Verband Ende 1905 180141 Mitglieder, im Laufe des Jahres stieg die Mitgliederzahl um 21576 oder um 16,6 Prozent auf 151717. Diese Mitgliederzunahme bleibt sowohl absolut wie im Verhältnis gegen die des Jahres 1905 erheblich zurück. Die prozentuale Zunahme betrug in jenem Jahre gegen 1904 24755 oder 23,5 vom Hundert. Das sind 3179 oder 6,9 Prozent mehr als im Jahre 1906. Dabei war im Jahre 1906 eine erheblich größere Zahl von Übertritten von Mitgliedern aus dem Holzarbeiterverband sich anschließenden Organisationen zu verzeichnen als im Jahre 1905, und zwar 3276 gegen 2200. Diese Zahlen berücksichtigt, erscheint die Werbekraft des Verbandes in einem noch ungünstigeren Licht; denn danach hat der Verband seine Mitgliederzahl aus eigener Kraft im Jahre 1905 um 21,40 Prozent, im Jahre 1906 nur um 14,13 Prozent erhöht.

Und das in einem Jahre einer beispiellos großen und erfolgreichen Lohnbewegung, in einem Jahr, in dem der Verband glänzende Proben seiner Leistungsfähigkeit ablegte. Es ist gut, auf diesen Mangel unserer Organisation beizugehen und nachdrücklich hinzuweisen, um alle Kräfte unseres Verbandes zu regerer Tätigkeit anzuspornen. Denn es muß besser werden, wollen wir uns für die zu erwartenden Kämpfe der Zukunft den überragenden Einfluß unter der Holzarbeiterschaft Deutschlands sichern.

Im der Hauptsache liegt es an der mangelhaften Agitation, wenn unser Verband im letzten Jahre seine Mitgliederzahl nur um 14,13 Prozent steigern konnte. Unsere Kollegen hatten ihre Kräfte fast ausschließlich auf die Lohnbewegungen konzentriert, was angesichts der günstigen Konjunkturverhältnisse und bei der fortgesetzten enormen Steigerung der Lebensmittelpreise auch nur zu begreiflich ist, dabei ist aber die Agitation mehr, als es der Organisation dienlich war, vernachlässigt worden. So ist gerade die für die gewerkschaftliche Agitation günstigste Zeit, die Zeit der Hochkonjunktur und des Aufstieges der Arbeiterklasse, zu einem guten Teil ungenutzt geblieben. Die Kollegen waren zumeist der irrigen Ansicht, während einer so großen und erfolgreichen Lohnbewegung, wie sie im letzten Jahre von uns geführt worden ist, erübrige sich jede intensive und groß angelegte Agitation, unsere Taten und Erfolge agitieren von selbst für unsere Sache.

Wir sind dieser Ansicht oft genug begegnet, wir sind ihr stets entschieden entgegengetreten, und die Entwicklung des Verbandes in den letzten anderthalb Jahren hat uns nur zu recht gegeben; denn im ersten Halbjahr 1907 hat er sich noch weit ungünstiger entwickelt als im Jahre 1906, aller Voraussicht nach dürfte überhaupt keine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen sein. Und das im Angesicht des großen Machtkampfes, den der Holzarbeiterverband mit den Unternehmern zu führen hatte, eines Kampfes, der alle Holzarbeiter eindringlich auf ihre Organisationspflicht hinwies.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man über der Lohnbewegung niemals die Agitation vernachlässigen darf. Gerade in der Zeit großer und erfolgreicher Lohnkämpfe, wo wie im vorigen Jahre rund 75000 Kollegen mit Hilfe des Verbandes sich vorwärts ringen konnten und weiteren Zehntausenden, uns noch fernstehenden Kollegen aus den sich in ihrer nächsten Nähe abspielenden Kämpfen der große Wert der Organisation für die Arbeiterschaft vordemonstriert werden konnte, wäre eine besonders eifrige Agitation am Platze gewesen, und sie würde uns gewiß großen Erfolg gebracht haben. Daß diese Agitation zum großen Teil unterblieben ist, das empfinden wir als einen großen Mangel unserer Organisation.

Nun wird von den Kollegen eingewendet werden, daß man mit der Mitgliederentwicklung unseres Verbandes wohl zufrieden sein könne, berücksichtigt man, daß wir im

letzten Jahre aus eigener Kraft eine Zunahme der Mitgliederzahl um 18800 erzielt haben, und das trotz einer enormen Beitragserhöhung; berücksichtigt man ferner, daß auch die Hirsch-Dunckerse und christliche Organisation, die eine einen Mitgliederverlust, die andere ebenfalls unter dem Einfluß einer Beitragserhöhung eine nur mäßige Mitgliederzunahme erfahren habe. Das letztere ist richtig, doch kann uns das über das nur wenig trösten; wir sind ja alle der Ansicht, daß die Grundzüge der christlichen und Hirsch-Dunckerse Gewerksvereine den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen und daß diese Organisationen deshalb lange nicht die günstige Aufnahme finden als die moderne Gewerkschaftsbewegung. Dann aber verfügen wir über eine bessere organisatorische und agitatorische Erfahrung, über bessere Kräfte und über größere organisatorische und wirtschaftliche Erfolge als jene Organisationen, so daß wir an unsere Werbekraft ganz andere Anforderungen stellen müssen. Ein Vergleich unseres Verbandes mit den gegnerischen Organisationen ist deshalb nicht möglich, er sollte jedenfalls nie hervorgehoben werden, um einen nicht befriedigenden Fortschritt unserer Sache zu beschönigen.

Aber auch die Beitragserhöhung hat der Ausbreitung des Verbandes im letzten Jahre nicht so große Hindernisse geboten, daß sich daraus ein Nachlassen unserer Werbekraft erklären ließe. Allein der Hinweis auf die Entwicklung der Zahlstellen Schönheit und Schmölln genügt, um zu zeigen, wie trotz der Beitragserhöhung mit Einsetzung aller agitatorischen Kräfte eine erhebliche Mitgliederzunahme möglich war selbst unter einer schlecht entlohnten Kollegenschaft. In Schönheit stieg die Mitgliederzahl im Jahre 1906 von 747 auf 1299, in Schmölln von 691 auf 1174. Warum soll das, was in Schönheit und Schmölln möglich war, in anderen Orten oder Gegenden nicht möglich sein? Es bleibt also schon dabei, daß wir mehr und besser agitieren müssen, wollen wir die Organisation besser fördern.

Neben der Gewinnung neuer Mitglieder sollten wir aber auch der Erhaltung unserer Mitglieder künftig mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir haben im letzten Jahre 63059 Kollegen in den Verband neu aufgenommen, aber die Mitgliederzahl des Verbandes hat sich, von den Übertritten abgesehen, nur um 18300 vermehrt. 45859 Kollegen sind dem Verband also wieder verloren gegangen. Ein derartiger Verlust von neu aufgenommenen Mitgliedern sollte im Holzarbeiterverband nicht zu verzeichnen sein. Es wird eine der dringlichsten Aufgaben unserer Lokalverwaltungen sein müssen, hier bald Abhilfe zu schaffen.

Nicht nur das: Alle Kollegen müssen mehr als bisher agitieren. Alle Kollegen müssen an dem Ausbau und in der Organisation des Verbandes mehr als bisher tätigen Anteil nehmen, um ihn unbedinglich zu machen. Zufriedenheit ist jetzt nicht am Platze, wir müssen größer und stärker werden, deshalb müssen wir unsere Anstrengungen gegen das Vorjahr verdoppeln.

Gerade jetzt ist zur Agitation für den Verband die denkbar beste Zeit. Der Verband hat in diesem Ringen mit den organisierten Unternehmern einen bedeutenden Erfolg erzielt. Es gelang ihm, den Anschlag der Scharfmacher auf die Organisation der Holzarbeiter abzuwehren und gleichzeitig die Lage der in den Kampf hineingezogenen Kollegen zu bessern. In den nächsten Jahren dürften solche Kämpfe häufiger werden. Denn eine Zeit der Krisis ist von den Unternehmern immer noch benötigt worden zur Durchführung von Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse. Verfügen die Kollegen dann nicht über eine gute Organisation, dann sind sie außerstande, solche Anschläge der Unternehmer abzuwehren.

Der Holzarbeiterverband hat Hunderttausenden Kollegen schon die Möglichkeit geboten, ihre Lage zu verbessern, wirksam hat er stets die Interessen seiner Mitglieder zu vertreten gewußt. Das beweisen wieder die Zahlen der letzten jährigen Streitstatistik, die wir in letzter Nummer unserer Zeitung kurz gewürdigt haben. Unser Verband hat ferner Großes auf dem Gebiet des Unterstützungswesens geleistet. In den nächsten Jahren einer ungünstigeren Beschäftigung dürfte mancher Kollege in seinem Arbeitsverhältnis, auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Maßregelung usw. im Verband eine starke Stütze finden, die ihn befähigt, die Krisis ohne Schaden zu überstehen. Alle diese Momente dürften uns in der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Kräftigung unserer Organisation gerade jetzt gute Dienste leisten.

Darum nochmals: Kollegen, agitiert mehr als bisher für unseren Verband. Nutzt gerade die jetzige Zeit zu fleißigem Mitgliederwerb! Schließt die Reihen zu einer unbedinglichen Phalanx!

Rampfeslehren.

III.

(Schluß.)

Im übrigen sind wir mit der Taktik der Berliner Kollegen im letzten Kampfe durchaus einverstanden. Es ist unsere Ansicht, daß, von den in unserem vorigen Artikel gemachten Ausstellungen abgesehen, nur so wie sie es taten und nicht anders die Aussperrung erfolgreich zu überwinden war. Die Tatsache, daß die „Einigkeit“ diese Taktik heruntermißt, kann uns in diesem unserem Urteil nicht wandern machen. Die Sozialisten schimpfen immer nur, wenn die Taktik unserer Kollegen sich bewährt hat, und sie haben dann auch allen Anlaß zum Schimpfen, da ihnen dann die Gelegenheit fehlt, im trüben zu fischen. Das nur nebenbei.

Alles Lob verdient auch der große Opfergeist der Berliner, wie auch der Kollegen an den meisten übrigen Aussperrungsorten. Durch ihren Verzicht auf die Streikunterstützung in der ersten Aussperrungswoche wie durch die Leistung der außerordentlich hohen Extrabeiträge während der ganzen Dauer des Kampfes und über denselben hinaus haben sie der Gesamtkollegenschaft gewiß ein leuchtendes Beispiel von hingebender Aufopferung für unsere Sache gegeben.

Nicht so lobenswert ist das Verhalten der ledigen Kollegen besonders in Berlin, die zum großen Teil es überhaupt ablehnten, außerhalb Arbeit zu nehmen, und die, als sie durch Entzug der Streikunterstützung zur Abreise gezwungen werden sollten, zu einem Teil sogar ins feindliche Lager abschwenkten, zu Streikbrechern wurden und natürlich auch in der streikbrecherischen Hirsch-Dunckerse oder gelben Gesellschaft Aufnahme suchten. Man muß sich fragen, wie es möglich sein konnte, daß diese Elemente einer selbstverständlichen Anweisung ihrer Streikleitung, abzureisen, sich widersetzen, daß sie sogar zum Streikbrecher, zum Verräter an ihrer Sache und an der Sache ihres Standes werden konnten. Seit es in Deutschland eine gewerkschaftliche Bewegung gibt und seit durch diese Streiks organisiert worden sind, galt es bei den organisierten Arbeitern als selbstverständliche Pflicht, bei Ausbruch eines Streiks oder auch schon vorher das Kampfgebiet zu verlassen, um die Streikfassen und den Arbeitsmarkt zu entlasten und draußen im Lande auch gleichzeitig für die nötige Aufklärung über den Streik und für die Fernhaltung von Zuzug Sorge zu tragen. Dieser Pflicht hat sich in früheren Jahren kein lediger Kollege entzogen, im Gegenteil, freudig nahmen die ledigen den Berliner auf den Rücken, oft genug gestaltete sich die Abreise sogar zu einer förmlichen Demonstration, die wieder ihre gute Wirkung auf die zurückbleibenden verheirateten streikenden Kollegen und auf die Unternehmern nicht verfehlte. In gut organisierten Kollegenschaften hat sich darin zum Glück noch nichts geändert, dort vollzieht sich die Abreise der ledigen auch heute noch ebenso glatt und eher noch schneller und mit noch größerer Selbstverständlichkeit als früher, weil bei den Kollegen jetzt neben der alten Verbandsfreudigkeit ein größeres Zielbewußtsein anzutreffen ist. Um so mehr muß man sich wundern, daß Berlin im letzten Kampfe hierin eine Ausnahme gemacht hat. Die Situation lag diesmal doch so, daß wir alle Ursache hatten, die Zahl der Aussperrten möglichst zu verringern, und an Arbeitsgelegenheit hat es in der Provinz doch gewiß nicht gefehlt. Gibt es doch Gegenden, wo zu allen Zeiten ein Mangel an tüchtigen Arbeitskräften ist, und gerade in jenen Gegenden hätten die abreisenden ledigen Berliner Kollegen während der Aussperrung gut für die Verbandsache wie für die Sache der Berliner Holzarbeiterschaft wirken können. Und wenn es selbst an Arbeitsgelegenheit gefehlt hätte, so hätte es den ledigen Berlinern auch nichts geschadet, wenn sie auf die Tüpperei gingen und sich einen anderen als den Berliner Wind um die Nase wehen ließen. Die Sache ist doch nicht so gefährlich, wir alle haben schon in jüngeren Jahren „die Landstraße bevölkert“, wenn infolge der Geschäftskrisis eine günstige Arbeitsgelegenheit sich uns nicht bot oder auch um uns einmal die Welt anzusehen; wie viel leichter konnten das die ledigen Berliner Kollegen, wo sie zu dem Berühmten auch noch das Bewußtsein hatten, durch ihre Abreise die durch den Schußverband schwer bedrohte Verbandsache zu fördern. Daß sie sich der Abreise zum großen Teil widersetzen, daß sie sogar zum Streikbrecher wurden, das gibt unserem großen Erfolg einen recht bitteren Beigeschmack. Der Vorfall läßt darauf schließen, daß es mit dem Zielbewußtsein und der Überzeugungstreue der ledigen Berliner Kollegen zum Teil noch recht schlecht bestellt ist. In Hamburg, Leipzig, München und in vielen anderen, auch kleineren Orten wäre ein solches Verhalten der Kollegen ganz außer aller Möglichkeit.

Wir wollen nur kurz bemerken, daß wir für diese üble Erscheinung neben der mangelhaften gewerkschaftlichen Durchbildung der jüngeren Kollegen in den Zahlstellen mit die jetzige Praxis der Lokalverwaltungen verantwortlich machen, bei Gewährung von lokalen Unterstützungen möglichst nachsichtig zu verfahren. Die lokalen Verbandsleitungen haben sich in den letzten Jahren in lobenswerter Weise bemüht, die Lokalkassen möglichst zu kräftigen; damit ging aber Hand in Hand das Bestreben, Unterstützungen, die vom Hauptvorstand statutengemäß abgelehnt werden mußten, ohne weiteres auf die Lokalkassen zu übernehmen. Das geschah fast immer in Berlin und besonders bei kleinen Streiks, wo den ledigen Kollegen ohne weiteres aus lokalen Mitteln die Streikunterstützung bewilligt wurde. Daraus leiteten die ledigen Kollegen ein Gewohnheitsrecht her, und da ihre Kenntnis der gewerkschaftlichen Pflichten sich leider oft genug in der Zahlung der Verbandsbeiträge erschöpft, treten dann solche Erscheinungen zutage, wie die jetzt in Berlin bei der Verweigerung der Abreise und der Verrichtung von Streikarbeit durch viele ledige Kollegen.

Von einer ganzen Reihe von Orten wurden auch Klagen laut über das Verhalten jener Berliner Kollegen, die abgereist und dort Arbeit genommen hatten. Es wurde geklagt, daß diese Kollegen oft genug mit den großen Arbeitsverdiensten in Berlin geprahlt und die Arbeitsverhältnisse an den kleineren Orten über Gebühr schlecht gemacht hätten. Dabei sind die verhältnismäßig hohen Löhne in Berlin nur möglich infolge einer geradezu raffinierten Arbeitsweise, die an die Kräfte der Kollegen die höchsten Anforderungen stellt. Von welchen Gefühlen wurden aber die Kollegen an den kleineren Orten besetzt, die zum Teil recht niedrige Löhne haben und die doch verhältnismäßig hohe Extrabeiträge zahlten, um den Kampf zur Erhöhung der, angeblich so hohen, Löhne der Berliner Kollegen erfolgreich durchführen zu können, wenn sie sahen, wie die mit den Verhältnissen in der Provinz unzufriedenen Kollegen auch noch die Arbeit verließen, um wieder in Berlin der Verbandskasse zur Last zu fallen oder gar Arbeitswillige zu werden. Die Verbandsfreudigkeit ist durch dieses Verhalten sicher nicht gefördert worden.

Noch einige Worte zu dem Verhalten unserer Kollegen in der Matfeierfrage, die für den Ausgang des Kampfes gewiß von großer Wichtigkeit war. Es muß rühmend hervorgehoben werden, daß die Kollegen an den meisten Orten mit einer bewundernswürdigen Selbstverleugnung und Disziplin der Weisung des Vorstandes gefolgt und auf die Arbeitsruhe am 1. Mai, die an diesen Orten sich eingebürgert hatte, verzichtet haben. Besonders gilt das für die Kollegen in Hamburg, Hannover und Leipzig, denen es gewiß nicht leicht geworden ist, auf die lieb gewordene Demonstration durch Arbeitsruhe zu verzichten. Wir können es den Kollegen nachfühlen, wenn sie von dieser Maßnahme nicht gerade erbaut waren; wenn sie trotzdem den Weisungen des Vorstandes folgten und, wie die Hamburger Kollegen, sogar so weit gingen, die für die Durchführung der Arbeitsruhe eventuell notwendigen Mittel der Verbandskasse zur besseren Durchführung des uns aufgedrungenen Nachkampfes zu verwenden, so verdient das uneingeschränkte Anerkennung. Diese Kollegen können auch von sich sagen, daß sie durch ihre Selbstverleugnung und Disziplin den günstigen Ausgang des Kampfes erst herbeigeführt haben. Nicht alle Kollegen haben in dieser Frage ein Verbandsinteresse gehandelt. Ist es doch sogar vorgekommen, daß ein Berliner Kollege in einer Zahlstelle der Provinz Brandenburg zur Arbeitsruhe am 1. Mai aufforderte, „auch wenn es als Vertragsbruch aufgefaßt würde, denn der Vertrag sei ja so, daß die Kollegen nichts verloren hätten, auch wenn er gebrochen würde“. Das sind Auffassungen, die jederzeit und besonders damals recht gefährlich waren für den Verband, und gerade die Berliner Kollegen hätten alle Veranlassung gehabt, in der Matfeierfrage recht taktvoll zu handeln und nicht noch außerhalb Berlins solche Anschauungen zu vertreten, die den Erfolg des in erster Linie in ihrem Interesse unternommenen Kampfes schwer gefährden konnten.

Zum Schluß ein paar Worte zur Geldfrage. Auch da wären mehrfach Ausstellungen zu machen, das bleibt besser aber dem nächsten Verbandstag überlassen. Gesagt soll hier nur werden, daß sich die Lässigkeit mancher Zahlstellenverwaltungen bei Einsendung der Verbandsgebühren an die Hauptkasse wiederholt recht sührend bemerkbar gemacht hat. Ist es schon zu gewöhnlichen Zeiten zu verurteilen, wenn die Zahlstellen die Verbandsgebühren nur zögernd und erst nach Aufforderung größerer Beträge an die Verbandskasse einsenden, und auch das gewöhnlich nur nach erfolgter Mahnung durch die Verbandsleitung, so ist es das um so mehr in Zeiten schwersten Kampfes, wo es sich unter Umständen um Sein oder Nichtsein für den Verband handelt. Das sollten sich die Zahlstellenleitungen doch von selber sagen, daß in einer so gefährlichen Situation Geld doppelt nötig ist, und sie sollten gewissenhaft für baldige Ablieferung der Verbandsgebühren an die Hauptkasse, für die sie doch bestimmt sind, Sorge tragen. Das ist aber in vielen Fällen nicht geschehen, zum Schaden des Verbandes. Man gewinnt überhaupt den Eindruck, wie wenn einige Zahlstellen, auch größere, sich bestrebt zeigten, größere Summen Verbandsgebühren am Orte zu behalten, um damit momentan auch die lokalen Ausgaben machen und das Lokalkassengeld im Interesse der Lokalkasse vorteilhafter anlegen zu können. Solche Geldgeschäfte sind ja recht interessant und sie stellen dem Verwaltungsgenie mancher Lokalverwaltungen gewiß ein gutes Zeugnis aus, aber sie liegen nicht im Verbandsinteresse. Das Verbandsgebühren gehört in die Verbandshauptkasse und soll möglichst schnell dahin abgeführt werden. Der Hauptkassierer wird dann schon dafür sorgen, daß diese Gelder gut angelegt werden, das sollte nicht die Sorge der Lokalkassierer

sein. Wir gehen hier auf diese Dinge nur ein, soweit sie mit dem letzten Kampfe im Zusammenhang stehen, eingehender gedenken wir diese Frage kurz vor dem nächsten Verbandstag zu behandeln.

Besondere Anerkennung verdient, wie gesagt, der Opfergeist in der größeren Zahl von Zahlstellen, der sich in der Zahlung von zum Teil verhältnismäßig hohen Kampfbeiträgen bekundete. Nur wenige Zahlstellen haben sich von dieser Beitragspflicht ausgeschlossen, darunter allerdings einige große; die meisten Zahlstellen haben aber Extrabeiträge entrichtet in einer Höhe, die man in diesen Orten und für eine solche Dauer nicht für möglich gehalten hätte, und in diesen Zahlstellen werden die Kampfbeiträge, dem Wunsche des Verbandsvorstandes entsprechend, auch jetzt noch während des ganzen Sommers gezahlt, um unsere Verbandskasse, die durch den Kampf naturgemäß stark gelitten hat, auch wieder leistungsfähig zu machen. Diese Opferwilligkeit der Kollegen und ihre strenge Disziplin, die sie während der ganzen Dauer der Aussperrung bekundeten, bilden den besten Beweis für den guten Geist unserer Organisation. Von diesem Geiste besetzt, werden wir auch künftig den Erfolg an unsere Fahne fesseln können.

Wie die Christlichen die Landarbeiter organisieren wollen.

n. Auf ihrem Kongress in München (1902) haben sich die christlichen Gewerkschaften auch mit der Organisation der Landarbeiter beschäftigt. Giesberts hielt das Referat. Der Redner forderte als Erstes die Aufhebung der Koalitionsverbote, wie sie für Landarbeiter zum Beispiel in Preußen noch bestehen. Die Gewährung des Koalitionsrechtes an die Landarbeiter begegne dem heftigsten Widerstand von Seiten der Vertreter der Landwirtschaft. Dieser Widerstand, so sagte Giesberts, sei vor allem in dem altüberkommenen Herrenbewußtsein der Grundbesitzer begründet, die sich in den Gedanken nicht hineinfinden können, daß ihre „untergebenen“ Arbeiter und Dienstboten Ansprüche erheben und ihre Selbständigkeit geltend machen können. Wegen des Koalitionsrechtes der Landarbeiter, so meinte Giesberts weiter, werde auch geltend gemacht, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage sei, höhere Löhne zu zahlen, käme es darum aber zu Streiks, so bedeute das den Ruin der Landwirtschaft. Hierzu bemerkte der Redner: „Zunehmen die Landwirtschaft in der Lage ist, mit der Industrie in bezug auf die Zahlung hoher Geldlöhne konkurrieren zu können, will ich nicht näher erörtern. Sicher ist jedoch, daß die Besserung der Landarbeiterverhältnisse nicht allein oder nicht einmal hauptsächlich in der Zahlung hoher Geldlöhne zu suchen ist. Es werden gewiß die organisierten Landarbeiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erstreben. Ob aber dabei der Streik das ausschlaggebende Mittel sein wird, das ist denn doch sehr fraglich und durchaus nicht der Fall, wenn die Landarbeiter rechtzeitig auf christlicher Grundlage organisiert werden und man nicht so lange wartet, bis die sozialdemokratischen Tendenzen des Klassenkampfes bei den Landarbeitern Boden gefaßt haben.“

Man merkt aus diesen Worten das Bestreben des Redners, die von den Christlichen befürworteten Landarbeiterorganisationen den Grundbesitzern als möglichst ungefährlich und harmlos zu empfehlen. Die Lohnfrage spiele nicht die Hauptrolle; es sei nicht auf Streiks abgesehen, diese seien sogar ausgeschlossen, wenn man den Sozialdemokraten zuvorkomme und den Landarbeitern Gelegenheit gebe, sich auf christlicher Grundlage zu organisieren. Im weiteren Verlauf seiner Rede wird Herr Giesberts dann noch deutlicher, wofür mit seinen Landarbeiterorganisationen. Solche müßten sich „den eigentlichen Beschäftigten der Landwirtschaft anpassen“. Es ist deshalb verfehlt, den Gewerkschaftsgedanken und die Gewerkschaftsziele, wie sie die Industriearbeitergewerkschaften haben, schematisch auf die Landarbeiter zu übertragen. Die Ziele, soweit sie in dem allgemeinen Satz „Hebung der geistigen und wirtschaftlichen Lage“ liegen, sind die gleichen, aber die Mittel zur Erreichung dieser Ziele sind auf dem Lande ganz andere als in der Stadt.“

Begründet wird das wie folgt: In der Industrie sei ein reines Lohnverhältnis, deshalb konzentriere sich hier die Aufgabe der Gewerkschaften auf „möglichst günstige Arbeitsbedingungen (hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter bei Festsetzung des Arbeitsvertrags)“. Diese Ziele würden bei den Landarbeitern nur für einen geringen Teil die Hauptsache sein; das sei vielmehr die „Möglichkeit, Selbstwirtschaftler einer kleineren oder größeren Akzessorwirtschaft zu werden, sei es pachtweise oder als Eigentum“. Hierzu komme, daß die Landarbeiter weit über das Land zerstreut, dazu sozial noch sehr unaufgeklärt seien: „Mit Rücksicht auf alle diese Schwierigkeiten und besonders in der Erwägung, daß die eigentlichen Ziele und Aufgaben einer Landarbeiterorganisation nicht gut von uns Industriearbeitern festgestellt werden können, habe ich in einer Resolution die Gründung von landwirtschaftlichen Arbeitervereinen nach dem Muster unserer konfessionellen Industriearbeitervereine empfohlen.“

Die in diesem Sinne gehaltene Resolution Giesberts wurde von dem Kongress denn auch angenommen. Nun muß man wissen, was die unter geistlicher Fuchtel stehenden Arbeitervereine zu bedeuten haben, um gleich von vornherein zu erkennen, daß eine Organisation dieser Art auf dem Lande, wo das Verhältnis zwischen Klerus und Unternehmern noch viel inniger zu sein pflegt als in der Stadt, für die

Landarbeiter völlig wertlos sein müßte. Und daß sich die christlichen Gewerkschaften nicht mit der Organisation der Landarbeiter befehlen würden, gesteht Giesberts selber zu, indem er zum Schluß hervorhebt, daß von Seiten der christlichen Gewerkschaften in dieser Frage vorläufig sehr wenig getan werden könne, da man alle Hände voll habe mit der Organisation der Industriearbeiter.

In der Tat ist denn von Seiten der Christlichen seit München nichts in der Frage geschehen, bis vor kurzem in Bayern, wo das Koalitionsverbot für Landarbeiter nicht besteht, in der Regensburger Gegend der christliche Verband der Hilfs- und Transportarbeiter unter den Landarbeitern einigen Anhang zu gewinnen vermochte. Die frommen Zentrumsagrarien in ihrem, wie Giesberts sagt, „altüberkommenen Herrenbewußtsein“ ließen sich das nicht gefallen, maßregeln die Vorführer der Landarbeiter und kündigten ihnen die Wohnung. Der genannte Verband hielt darauf eine Versammlung ab, worin der Referent, ein christlicher Gewerkschaftsführer Wolf, zunächst hinwies auf die Verdienste der christlichen Arbeiterchaft beim Zustandekommen des Zolltarifs, und um zu zeigen, wie gut es die christlichen Organisationen mit der Landwirtschaft meinen und wie wenig sie geneigt sind, durch ihre Agitation unter den Landarbeitern den Agrariern zu schaden, stellte besagter Wolf eine Anzahl Leitsätze auf, worin es heißt:

„Die christlichen Gewerkschaften werden ihre Forderungen erst aufstellen nach reiflicher Überlegung und nach sorgfältiger Prüfung der jeweiligen Verhältnisse; vor allem ist eine Übertragung der industriellen Löhne in die Landwirtschaft unmöglich.“

Die Arbeitszeit wird in der Landwirtschaft nicht auf bestimmte Stunden festzulegen sein, da die Landwirtschaft von der Günst der Witterung abhängig ist.

Die Organisationen wollen nicht den Streit in die Landwirtschaft einführen, sondern durch feste, angemessene Verträge der Landwirtschaft einen treuen Arbeiterstamm vermitteln und das Davonlaufen der Landarbeiter verhindern, dagegen aber auch den Arbeiter vor Übervorteilung durch den Arbeitgeber schützen.

Die Gewerkschaften werden das Pflichtbewußtsein der Arbeiter heben und damit die Unsitte der Montagsummelei aufheben, Sparsamkeit heben und die Arbeiter zu Intelligenzen heranbilden, die ihre Arbeiten nicht mechanisch verrichten, sondern sich für ein Gedeihen ihrer Arbeit interessieren.“

Es wird schwer sein, in so wenigen Sätzen ein Mehr an würdeloser Behandlung der Arbeiterfrage aufzubieten, als es hier geschieht. Die Agrarier werden ja förmlich um Entschuldigung gebeten, daß die Arbeiter von einem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch machen; man beantwortet die Brutalität der Grundbesitzer mit Verschönerungen der Ergebnisse und Harmlosigkeit. Wie zu erwarten, hat diese Selbsterniedrigung den Agrariern durchaus nicht imponiert, dieses Ergebnis aber auch die Gewerkschaftschriften keines Besseren belehrt. Und so wird in der Zentrumsprelle denn weiter gefleht, wie gut es die Christlichen mit den Grundbesitzern meinen und wie schwer sich diese an sich selber verständig, wenn sie der Organisation der Landarbeiter auf christlicher Grundlage Widerstand entgegensetzen.

Im „Bayerischen Kurier“ findet sich ein Artikel über die Landarbeiterfrage, dessen wesentlicher Teil in der „Königlichen Volkszeitung“ als Zuzchrift aus christlichen Gewerkschaftskreisen wiedergegeben wird. Darin wird hingewiesen auf die Bemühungen der Sozialdemokratie, bei den Landarbeitern Eingang zu finden, auf die Gefahr, die bei den „Streitgelüsten“ dieser Partei der Landwirtschaft drohe. Von der Sozialdemokratie seien die christlichen Gewerkschaften „grundverschieden durch ihre Auffassung der Lebensauffassung, ihre Stellung zu Staat und Gesellschaft“; nach christlicher Anschauung liege das Wohl der Arbeiterschaft in der „Wohlfahrt des Vaterlandes und des ganzen Volkes“; die Industrie sei auf die Landwirtschaft angewiesen, und die christlichen Arbeiter würden sich wohl hüten, „die Landwirtschaft durch Streiks ins Verderben zu stürzen und damit der Industrie die Henne zu schlachten, die ihr die goldenen Eier legt“.

Es wird dann noch versichert, daß die Forderungen der Landarbeiter „in der Regel sehr bescheiden“ seien, daß die christlichen Gewerkschaften auf dem Lande „recht vorsichtig und maßvoll vorgehen“ wollen, und daß es ihr Bestreben sei, „der Landwirtschaft einen guten, intelligenten und ehrlichen Arbeiterstamm zu erhalten oder neu zu schaffen“.

Wir haben neulich mal auf die nahe Verwandtschaft der „Christlichen“ mit den „Vaterländischen“, der schwarzen mit den gelben Gewerkschaften hingewiesen. Die Gewerkschaftschriften haben diesen Vergleich mit Entrüstung von sich gewiesen. Ihr Verhalten in der Frage der Landarbeiterorganisation zeigt, wie sehr unsere Auffassung zutrifft. So würdelos, wie sich die Gelben auf ihrer Hamburger Pfingsttagung auch benommen haben, die christlichen Landarbeiterorganisatoren sind ihnen in der Würdelosigkeit noch ein gut Teil über.

Hausindustrie in der Holzbranche in Baden.

I.

Von den Hausindustrien, welche die badische Fabrikinspektion einer gründlichen Untersuchung unterzogen, interessieren neben der schon geschilderten Birkens-Hausindustrie die sogenannte Schneeflei, sowie die Span-, Stuhl- und Korbflechterei.

Die Schneeflei auf dem Schwarzwald ist eine gar eigenartige Hausindustrie. Man muß das verhältnismäßig

Wort Schneefeln erst für den heutigen Sprachgebrauch umprägen, ehe man ihm eine präzise Deutung geben kann. Die Schneefeln sind also die Verfertiger sogenannter grober Holzwaren, wie Kochlöffel, Salzfüßchen, Rechen, Gabelstiele, Mauerspänen usw. Als Hausindustrie in den Gemeinden Menzenschwand, Bernau, Todtnoos ist das Gewerbe uralte. In den Stifterkunden des Klosters St. Blasien wird es als landwirtschaftliche Nebenbeschäftigung schon im Jahre 1490 erwähnt. Noch am Anfang des 19. Jahrhunderts war die Schneefelarbeit die Hauptverdienquelle der Vogtei Bernau. Von 300 Bürgern des Ortes Bernau waren 120 Kübler, 30 Schachtel-, 30 Salzfaß- und 12 Böffelmacher, sowie 5 Drechsler. Über die Hälfte der Gemeinde lebte von der Schneefelarbeit. Das war begreiflich, denn der Kubikfuß Tannenholz kostete damals nur 8 bis 9 Kreuzer. Aber schließlich machte die einseitige Entwicklung zur Fabrikarbeit den Schneefeln starke Konkurrenz. Verschuldung und Verarmung trat ein, um so mehr, als sich die Bernauer, „da sie am Alten hängen“, nicht dieser Entwicklung in der Herstellungsart ihrer Waren anbequemen wollten. Man versuchte es mit genossenschaftlicher Organisation, aber es dauerte ein volles Jahrzehnt, bis man 1897 mit einem Staatsbeitrag von 1400 Mk. und einem Sparkassenanleihen von 30 000 Mk. die „Holz-, Rohstoff-, Magazin- und Absatzgenossenschaft Bernau“ gründen konnte. Sie bewährte sich; der gemeinsame Einkauf von Holz und der lohnendere Absatz der Waren, dazu eine Ausstellung Bernauer Schneefelwaren in der Landesgewerbehalle in Karlsruhe gaben den Schneefeln eine feste wirtschaftliche Unterlage. Die Genossenschaft stellt an sogenannte Küblerwaren her: Kübel mit Holz- und Metallreifen, Metallkübel, Waschkübeln, Butterfässer, Buttermaschinen, Weinbutten, Maurerkübel, Schöpfkübel, Fischlögen und dergleichen; an Holzwaren: Gemüse-, Gurken- und Krauthobel, Fleischsteller, Schüsseln, Koch- und Schöpflöffel, Waschlammern, Mauerspänen, Stiefelzieher, Schauffelstiele; an Schachtelwaren: Schachtelkörbe, Kragen-, Sorten- und Versandtschachteln aller Art. Abnehmer sind Küfer, Kaufleute und Händler in Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen, Rheinpfalz usw. Die Fabrikinspektion beklagt mit Recht die Regellofigkeit in der Produktion. Jedes Mitglied der Genossenschaft erzeugt nämlich so viele Waren, als es Lust hat, da der Vereinsvorstand alle hergestellten Waren abnimmt. Es besteht infolgedessen ein gewisses Mißverhältnis zwischen Produktion und Umsatz, nicht zum Nutzen der Genossenschaft, weil die produzierten Waren im Übermaß auf dem Lager liegen und ein Teil des Betriebskapitals brach liegt. Inzwischen hat im Haushalt das emaillierte Eisenblech seinen Einzug gehalten und bildet für die hölzernen Kochlöffel usw. eine schwere Konkurrenz.

Doch das interessiert uns hier nicht ausschließlich. Wir haben vor allem die Verdienste der Schneefeln und die Dauer der täglichen Arbeitszeit zu erforschen. Die letztere läßt sich ganz allgemein auf 18 Stunden pro Tag festlegen, da mit Unterbrechung von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr gearbeitet wird. Bezüglich der Lohnhöhe hat man zu trennen die Kübler, die Holzwarenverfertiger, die Schachtelmacher und die Schindelmacher. Bei der Herstellung von Kübeln der gangbarsten Sorte wird ein Stundenverdienst von 16, bei den Waschkübeln von 15, bei den Butterfässern von 24, bei den Weinbutten von 35 Pf. erzielt. Bei den Weinbutten richten sich Nachfrage und Preis nach dem jeweiligen Ausfall der Weinernte in Baden und im Elsaß. Die Stundenverdienste schwanken hiernach zwischen 14 und 24 Pf. Der Verdienst von 35 Pf. an Weinbutten ist eben nur ein ausnahmeweiser. Die Jahresverdienste der 89 Schneefel-familien sind wie folgt zu registrieren: Holzwarenverfertiger 535 Mk., Kübler 501 Mk., Schachtelmacher 488 Mk., Schindelmacher 300 Mk. im Durchschnitt. Außerhalb der Genossenschaft stehen noch 77 Meister und 25 Arbeiter, so daß rund 200 in der Schneefelarbeit beschäftigte Männer in Bernau gezählt werden. In Menzenschwand arbeiten 24 Familien, in Todtnoos 42 für Bernauer Händler. Sie machen in der Hauptsache Kochlöffel und sind mangels Barmitteln auf Gnade oder Ungnade den Händlern ausgeliefert. Alle 8 oder 14 Tage bringen sie im Winter ihre Kochlöffel nach Bernau und schlagen sie zu jedem Preise los, nur um wieder etwas Geld in die Hand zu bekommen. Im Sommer würden sie das Doppelte des Winterpreises erhalten. Übrigens macht sich bei den Kochlöffelmachern im Arbeitsraum, dem Wohnzimmer, die Ausdünstung des nassen grünen Buchenholzes unangenehm bemerkbar, da die aus dem frischen Holze roh geschlitzten Löffel auf dem großen Kachelofen der Wohnstube getrocknet werden, ehe sie zur Fertigstellung gelangen.

Das ist in großen Umrissen die Geschichte der Schwarzwälder Holzschneefeln, die, nebenbei gesagt, fast alle noch Landwirtschaft betreiben, um ihre Existenz fristen zu können. Von eigentlichen Heimarbeitern kann man wohl schwerlich reden; durch die zu erwartende Heimarbeiterschutzgesetzgebung wird man wenig zum Fortbestand ihres Gewerbes beitragen können. Noch ein Jahrzehnt und die Schneefelarbeit ist — nicht mehr!

In 32 Gemeinden des badischen Landes wird die Korbschlechterei hausindustriell betrieben; diese Gemeinden verteilen sich auf die Amtsbezirke Bonndorf, Bogberg, Bruchsal, Gersbach, Pforzheim und Rastatt. In letzterem Amtsbezirk ist der Hauptsitz der Korbschlechterei. In den 10 Gemeinden, in welchen wir sie finden, werden die sogenannten besseren Sachen, wie Blumentische, Blumenständer, hergestellt. Sonst werden produziert Futter- und Kartoffelkörbe, Flaschen-, Reife- und Postkörbe. Kleine Landwirte und Tagelöhner betreiben das Korbschlechten als Nebenbeschäftigung im Winter und an Regentagen im Sommer; ihr Jahresverdienst kommt selten über 300 Mk. hinaus. Wo die Korbmacherei aber

Hauptnahrungsquelle bildet, registriert man Jahresverdienste von 500 bis 900 Mk. Die Korbmacher klagen, daß in der letzten Zeit diese Verdienste noch zurückgegangen seien. Sie schieben nach dem Bericht der Fabrikinspektion die Schuld auf die großen Warenhäuser, „die Korbwaren zu Preisen anböten, die geringer seien als die Herstellungskosten“. Das Schimpfen auf die Warenhäuser nützt gar nichts, wenn die Korbmacher sich nicht durch ihre Organisation vor Preisdrückerei schützen. Aber freilich: hausindustrielle Korbmacher und Organisation! Beide Begriffe sind selten identisch.

Nachstehende Tabelle unterrichtet mehr als viele Worte über das Einkommen der Korbmacher:

Auslagen für Material	Preis	Merkmal	In 18 Stunden werden hergestellt	Der Verdienst beträgt		
				pro Tag	pro Stunde	
Mk.	Mk.	Pf.	Stück	Mk.	Pf.	
Blumentische . .	1,60	1,—	60	2 1/2	1,50	11,5
Blumenständer . .	0,65	0,25	41	6	2,46	19
Rinderstühle . .	0,70	0,35	35	5	1,75	13,4
Wandkörbchen . .	0,17	0,08	9	20	1,80	13,8

Die hier angegebene 18stündige Arbeitszeit wird häufig überschritten. Der Bericht der Fabrikinspektion sagt in dürren Worten: Durchschnittlich arbeitet der Korbmacher täglich 14 Stunden. Bei Papierkörben wird ein Stundenverdienst von 29 Pf., bei Waschkörben ein solcher von 9 Pf. erzielt. Nur bei vieredigen Waschkörben bringen es die Korbmacher auf 25 Pf. Stundenverdienst. Wie überall im lieben Deutschen Reich werden auch in Baden die Wohnräume als Arbeitsräume benutzt, und hier wie dort werden Kinder zum Schalen der Weiden herangezogen.

Soziales.

Ein neuer Kurs in der deutschen Sozialpolitik?

In den letzten Wochen hat das Bekanntwerden unsauberer Dinge aus dem persönlichen Freundeskreis des deutschen Kaisers recht unliebsames Aufsehen erregt. Es hat sich gezeigt, daß in dem scharfen Kampfe, der sich hinter den Kulissen zwischen dem verantwortlichen Reichskanzler und den unverantwortlichen Ratgebern des Kaisers, die sich um den früheren Botschafter Philipp Gulenburg gruppierten, abspielte, Bülow Sieger geblieben war. Die Liebenberger Tafelrunde ist gesprengt und ihr Haupt Gulenburg ist mit einer Reihe seiner Freunde in Ungnade gefallen. Nach Analogie früherer Vorgänge hat man aber damit gerechnet, daß Bülow den Sturz seiner Widersacher nicht lange überdauern würde, und als er kürzlich nach Kiel berufen wurde, wo sich Wilhelm II. zurzeit aufhält, hat man vielfach mit der Möglichkeit gerechnet, daß hier seiner Reichskanzlerschaft ein Ziel gesetzt würde.

Diese Erwartung hat sich aber nicht bestätigt, im Gegenteil, Bülow hat seine Stellung gefestigt, indem es ihm gelang, den einzigen Mann von Bedeutung aus der Reichsregierung zu entfernen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ konnte am 22. Juni melden:

Graf v. Posadowsky reichte sein Abschiedsgesuch ein. Als Nachfolger ist Minister v. Bethmann-Hollweg in Aussicht genommen. Dieser wird gleichzeitig die Funktion des Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums übernehmen. Ferner tritt an Stelle des Kultusministers v. Studt der Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium Halle. In das Ministerium des Innern wird der Oberpräsident v. Moltke berufen. Erwägungen schweben, ob sich die Teilung des Reichsamtes des Innern empfiehlt.

In gewöhnlich benutzten Ministerwechsel in Preußen-Deutschland keine besondere Bedeutung. Es handelt sich bei diesen Posten bekanntlich nur um Handlanger, die den Willen eines Höheren zur Ausführung zu bringen haben. Dem diesmaligen Ministerwechsel in Preußen hat man jedoch, besonders in den Kreisen der Liberalen, mit größerer Spannung entgegengesehen, sollte doch durch die Person des neuen Kultusministers der Beweis erbracht werden, daß es mit der konservativ-liberalen Paarung ernst ist. Ob die Liberalen mit den Neuernennungen zufrieden sind, muß zum mindesten bezweifelt werden, denn von den neuen preussischen Ministern weiß man nur, daß sie gut konservativ sind, sich politisch aber noch nicht hervorgetan haben.

Eine größere Bedeutung hat der Wechsel in der Person des Staatssekretärs des Innern. Zwar ist die Bezeichnung als den Lokomotivführer der Sozialreform, die man dem Grafen v. Posadowsky beigelegt hat, nicht berechtigt, denn das Tempo der von ihm betriebenen Sozialreform ließ sich viel eher mit der Schneckenpost als mit der Schnellzugsgeschwindigkeit vergleichen, aber jedenfalls war er der Vertreter der Sozialpolitik in der Reichsregierung, und er hat sich deswegen die Feindschaft der Scharfmacher zugezogen, die einst große Stücke auf ihn gehalten haben. Mit der Entlassung v. Posadowskys wird zum Ausdruck gebracht, daß man die berühmte Komposthülle jetzt endgültig für gefüllt hält, und daß im sozialpolitischen Kurs jetzt Konterdampf gegeben werden soll. Für die Arbeiterschaft bedeutet dieser Personenwechsel, der, soweit die Sozialpolitik in Betracht kommt, ein Systemwechsel ist, die Notwendigkeit, mit vermehrter Energie auf den Ausbau der Gewerkschaften bedacht zu sein. Die Regierung will mehr noch als bisher die Sache der Scharfmacher führen, um so fester müssen die Arbeiter zusammenhalten, um ihre Rechte zu wahren.

Der sozialdemokratische Parteitag ist auf den 15. September nach Essen einberufen. Auf der Tagesordnung steht diesmal neben den regelmäßigen Verhandlungspunkten die Alkoholfrage (Berichterstatter Wurm). Ferner ist aus

der Tagesordnung zu erwähnen: Parteischule und Bildungsausschuß (Berichterstatter S. Schulz), Bericht vom internationalen Kongress (Berichterstatter Singer), Mai-feier (Berichterstatter N. Fischer) und Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage (Berichterstatter Bebel).

Heimarbeitersausstellung in Frankfurt a. M. Die Vorbereitungen für die Ausstellung sind im Laufe der letzten Monate erheblich vorgeschritten. Eine weitgehende Arbeitsteilung ist durchgeführt und für jeden einzelnen Arbeitszweig ein besonderer Sachausschuß ins Leben gerufen worden, dessen Aufgabe sein soll, die Verhältnisse der von ihm zu bearbeitenden Branche innerhalb des Rhein-Maingebiets genau zu erforschen. So gibt es einen Ausschuß für Herrenkleiderkonfektion, Herrennähschneiderei, Damenwäscherei, Schirmfabrikation, Lederindustrie, Perlenindustrie und anderes mehr. Im ganzen sind 33 Sachausschüsse bereits an der Arbeit, und etwa 15 andere werden vermutlich noch geschaffen. Die Ausschüsse sind in der Weise zusammengesetzt, daß ihnen stets neben dem wissenschaftlichen Leiter Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl angehören. Es liegt also hier der erste Versuch vor, ein wirkliches Bild der Heimarbeit auf vollständig paritätischer Grundlage und in voller Unparteilichkeit zu gewinnen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Juli: Nowawes-Neuendorf 30 Pf., Leipzig 25 Pf., Neuenhagen 25 Pf., Solingen 20 Pf., Worms 20 Pf., Würgel i. Rh. 15 Pf., Gelmstedt 15 Pf., Südenscheid 15 Pf., Esing 10 Pf., Siegnitz 10 Pf., Meisse 10 Pf., Paderborn 10 Pf., Schwerin a. Warthe 10 Pf., Straßund 10 Pf., Wermelskirchen 10 Pf., Zeitz 10 Pf. (weibliche 5 Pf.), Badnang 5 Pf., Biberach 5 Pf., Eberswalde 5 Pf., Friedberg 5 Pf., Süß 5 Pf., Sommerfeld 5 Pf.; ab 15. Juli: Glauchau 5 Pf.

Am 1. Juli treten die §§ 4c und 4b bis 54 des Statuts betreffend die Krankenunterstützung im Verband in Kraft. Den Zahlstellen sind die Auszahlungsbücher nebst Anleitung für die Auszahlung der Krankenunterstützung zugesandt worden. Der Anleitung ist noch beizufügen, daß selbstverständlich auch diese Unterstützung nach der Auszahlung in das Mitgliedsbuch des Empfängers eingetragen werden muß. In den älteren Mitgliedsbüchern, welche besondere Rubriken für die Krankenunterstützung noch nicht haben, ersuchen wir, die für „Bemerkungen“ reservierten Seiten zur Eintragung derselben zu benutzen.

Jede Zahlstelle hat eine Meldestelle für erkrankte Mitglieder einzurichten und die Adresse hinreichend bekannt zu machen. Die Unterstützung beginnt mit dem achten Tage der Arbeitsunfähigkeit, vom Tage der Meldung an gerechnet. Es dürfen die ersten Meldungen nicht vor dem 1. Juli entgegengenommen und mit der Unterstützung nicht vor dem 8. Juli begonnen werden. Unterstützungs-berechtigt sind nur solche Mitglieder, welche mindestens 52 Wochenbeiträge à 50 Pf. entrichtet haben. Wer infolge Arbeitslosigkeit usw. von der Beitragspflicht entbunden war, kann erst dann die Krankenunterstützung beanspruchen, wenn er 52 Marken à 50 Pf. für fällige Beiträge im Buche hat. Wer mehr als sechs Wochenbeiträge restiert, hat keinen Anspruch.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 61572 Rilian Molitor, Tischler, geb. 2. 12. 65 zu Königshofen, 72241 Theodor Brenner, Tischler, geb. 12. 7. 50 zu Reddinghausen.
- 193797 Hans Schüb, Tischler, geb. 22. 4. 79 zu Bamberg, 256624 Sebastian Krug, Tischler, geb. 2. 4. 60 zu Livernant, 321410 Heinrich Niehaus, Tischler, geb. 26. 7. 77 zu Schildesche, 403079 August Kranz, Tischler, geb. 8. 7. 87 zu Wettingen.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Alfeld. In der letzten Mitgliederversammlung wurde beschlossen, den Beitrag von 75 Pf. wieder auf 55 Pf. herabzusetzen. Vom 1. Juli ab finden die Versammlungen wieder alle 14 Tage statt, und zwar jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat. Da am 1. Juli mit der Auszahlung des Krankengeldes aus der Hauptkasse begonnen wird, wurde der Zuschuß aus der Lokaltasse vom gleichen Tage auf 8 Mk. pro Woche festgesetzt. Diesen Zuschuß können aber nur solche Mitglieder beziehen, welche 13 Marken in der Zahlstelle entrichtet haben. Kollegen von Alfeld und Umgegend, es liegt in eurem Interesse, daß wir mit unseren Bestrebungen auch hier Erfolge erzielen, deshalb kommt zur Versammlung und rüthelt eure noch schlafenden Kollegen auf, damit auch sie den Weg zum Versammlungsort finden. Es gibt noch viele Kollegen, die denken, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, dann seien sie tüchtige Mitglieder, das allein genügt aber nicht. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ sollten alle Kollegen aufmerksam durchlesen, damit ihnen zum Bewußtsein kommt, was der Holzarbeiterverband für eine Bedeutung hat, und sie imstande sind, zu agitieren, um auch hier in Alfeld einmal bessere Zustände zu schaffen. Die nächste Versammlung mit Vortrag findet am 6. Juli, abends um 9 Uhr, bei Gastwirt Nieß statt. Zu dieser Versammlung sollte jeder Kollege erscheinen, auch müssen die Mitgliedsbücher mitgebracht werden zum Zwecke einer Revision.

Alfeld. Holzarbeiter von Alfeld und Umgegend erwacht! So fest kann doch euer Schlaf nicht sein. An Marm und Bedrufen hat es bisher nicht gefehlt. Die Mitgliederzahl ist wohl seit einem halben Jahre gestiegen wie nie zu-

vor, aber trotzdem müssen wir immer Klage führen über schlechten Versammlungsbefuch. Unser Bevollmächtigter wurde gemahnt. Die Situation ist ernst. Deshalb alle in die nächste Mitgliederversammlung, welche Samstag den 6. Juli, abends 8 1/2 Uhr, stattfindet. Zu dieser Versammlung müssen alle Kollegen die Mitgliedsbücher mitbringen. — Ferner wollen wir nicht versäumen, auf die Delegiertenwahl zum internationalen Kongress hinzuwirken. Das Wahllokal für Wiesfeld ist: „Goldener Stern“, Inhaber Hermann Jenichen.

Berlin. In einer Versammlung der in Drechslereien, Treppengeländer- und Luxusmöbelfabriken beschäftigten Arbeiter, zu welcher auch der Vorstand des Gewerkschafts eingeladen und erschienen war, referierte Kollege Pattloch über den Abschluß des Vertrags in der Holzindustrie und die Verhältnisse des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschafts. Er behandelte insbesondere das vom Gewerkschaftsverband verfaßte Flugblatt betitelt „Ein Pyrrhusieg“ und betonte, daß die beim Kampfe gemachten Erfahrungen den Beweis erbracht hätten, daß der Gewerkschaftsverband bei Lohnstreitigkeiten niemals ein ehrlicher Bundesgenosse sein würde. In Berlin haben die Hirsche das verärrliche Treiben, dessen sie sich im vorigen Herbst in Frankfurt a. D. schuldig gemacht haben, fortgesetzt. In ihrem Flugblatt sagen sie, daß sie sich in ausschließliche Kämpfe nicht verwickeln, sie beteiligen sich überhaupt nicht gern an Kämpfen, sondern begnügen sich lieber mit dem ihnen von den Unternehmern hingeworfenen Brocken, um dann Streikbrecherdienste leisten zu können. Die Gewerkschaftler, die in trauriger Waffenbrüderschaft mit den Holzindustriellen die Arbeiterorganisation bekämpft haben, stellen sich so, als ob sie nicht wüßten, daß die Treppengeländerfabrikanten eine bedeutende Verschlechterung des alten Vertrags herbeiführen wollten und nur deshalb an der Aussperrung teilgenommen haben. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß ein Teil der Gewerkschaftler die ihnen vermittelten Stellen nicht annahmen, um nicht zum Streikbrecher zu werden. Unsere nächste Aufgabe muß es sein, die Mitglieder des Gewerkschafts über den wahren Charakter ihrer Organisation aufzuklären. Herr Schuhmacher vom Gewerkschaftsverband machte von der ihm gewährten Redezeit einen sehr ausgiebigen Gebrauch. In einer 1 1/4 stündigen Rede legte er dar, daß die Gewerkschaftler den festen Willen haben, auch in zukünftigen Fällen in der gleichen Weise Verrat zu üben, wie diesmal. Das mögen sich die Kollegen allerorts merken und gegen diese Sorte Arbeiterführer die nötige Vorsicht üben. Als Kollege Pattloch in seinem Schlußwort sich anschickte, die faustdicken Sägen zu widerlegen, da verschwanden die Herren, die sich auch bei dieser Gelegenheit als die tapferen Hirsche zeigten.

(Möbelpolierer.) So erstrebenswert die Lohnarbeit ist und die Möbelpolierer auf ihre allgemeine Durchführung stolz sein können, ist es doch unbestreitbar, daß der letzte Vertragsabschluß infolge der Lohnarbeit unserer Branche nur einen bedingten Vorteil gebracht hat, wenn nicht von jedem einzelnen Kollegen streng auf die Durchführung des fünfprozentigen Lohnaufschlags geachtet wird. Durch das häufige Wechseln der Arbeitsplätze wird dem Unternehmer die Lohnrückkehr sehr erleichtert. Kommt es doch häufig vor, daß in Betrieben, wo 20 bis 25 Polierer beschäftigt sind, plötzlich nur noch für 3 bis 4 Arbeit vorhanden ist. Dieser Vorgang wiederholt sich unter Umständen in einem Jahr mehrmals, so daß es den Kollegen schwer wird, den vorher im Betrieb gezahlten Lohn aufrecht zu erhalten, da sie keinen Anhalt haben, auf den sie eventuell ihre Lohnforderungen stützen können. Die Branchenleitung wird sich deshalb nächstens mit der Angelegenheit beschäftigen und feststellen müssen, wie hoch der Durchschnittslohn in jedem einzelnen Betrieb nach dem Zuschlag ist, so daß die Kollegen bei einiger Aufmerksamkeit jederzeit kontrollieren können, ob auch der einmal festgelegte Lohn für den Betrieb auf der Höhe bleibt. Es ist das um so notwendiger, als sich die Arbeitslosigkeit in unserer Branche immer fühlbarer macht. Die Möbelschleifer sind zum größten Teil wieder in Arbeit, in verschiedenen Spezialbranchen hat sich sogar ein Mangel an eingearbeiteten Kollegen bemerkbar gemacht, aber bei den Möbelpolierern ist leider noch eine so große Zahl von Arbeitslosen vorhanden, wie bisher auch in der allerhöchsten Zeit nicht zu verzeichnen waren. Es ist zu befürchten, daß auch in der besten Zeit, im Herbst, nicht alle Arbeitslosen Beschäftigung finden. Und da ist es wohl das Wichtigste, zu untersuchen, ob dies nur eine vorübergehende Erscheinung, oder ob es ein von der Entwicklung in der Möbelindustrie abhängiger Vorgang ist. Es hat lange gedauert, ehe sich die Möbelpolierer von ihrem Mutterberuf, der Tischlerei, lösbarte. Trotzdem es schon in den sechziger Jahren Möbelpolierer gab, die Kastenarbeit für die Tischler polierten, gab es Ende der neunziger Jahre in Berlin noch eine Anzahl bessere Werkstätten, wo die Tischler selbst polierten. Heute gibt es wohl keinen nennenswerten Betrieb, wo nicht Polierer beschäftigt sind. Auch in den sogenannten Innenausbauwerkstätten, wo von den Tischlern bis vor wenigen Jahren noch selbst poliert wurde, sind durchweg Polierer beschäftigt. Also neues Feld gibt es in Berlin nicht mehr zu erobern. Nun steht ja fest, daß die Massenarbeit, die sogenannten Stapelware, immer mehr nach der Provinz gedrängt wird und für Berlin immer mehr die besseren Arbeiten in Betracht kommen, wobei unter dem Einfluß der neuen Sittlichkeit die Flächen nicht mehr poliert, sondern vielfach nur gebeizt werden. Das Ultimatum, das eine ganz besondere Sorgfalt des Polierens erfordert, ist überlebt. An dessen Stelle findet man heute oft Eichen, das früher wohl zu Speise- und Herenzimmern, aber schon selten zu Schlafzimmern, und für Salons gar nicht in Betracht kam. Auch das trägt dazu bei, daß das Arbeitsgebiet des Polierers eingeengt wird. An einer Aufschwung unserer Branche, besonders in Berlin, ist also nicht zu denken. Es muß deshalb auch an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß kein Mittel unversucht gelassen werden darf, um unsere Branche vor einem weiteren Niedergang zu bewahren. Die jungen unterheiraten arbeitslosen Kollegen sollten, wenn irgend möglich, Berlin verlassen und zugunsten der Familienväter den Arbeitsmarkt entlasten. Solche, die noch Lust haben, die Poliererei zu erlernen, müssen über die Lage unserer Branche aufgeklärt werden. Es muß ihnen gesagt werden, daß ihrer, nachdem sie ausgelernt haben, monatelange Arbeitslosigkeit harret. Zum Schluß sei noch auf eine recht bedauerliche Erscheinung innerhalb unserer Branche hingewiesen. Ein zwar nur kleiner

Teil von Kollegen sucht, in Gemeinschaft einiger Mitglieder vom Fachverein der Tischler, für Neugründung eines Möbelpoliererverbandes mit den verwerflichsten Mitteln zu agitieren. Im Hinblick auf die Erfolge des letzten Kampfes, die ihnen nicht weit genug gehen, glauben sie behaupten zu können, daß der Holzarbeiterverband keine Kampfsorganisation sei. Anstatt nun mit ganzer Kraft mitzuhelfen, den Verband auch für die Zukunft, wo uns ähnliche und vielleicht noch schwerere Kämpfe bevorstehen, nach innen auszubauen und ihm die verlorene Kraft wieder zuzuführen, hatten sie den Augenblick für günstig, ihre längst gehegten Zersplitterungspläne zu verwirklichen. Schon gleich nach dem Übertritt in den Holzarbeiterverband versuchten die Mitglieder des Fachvereins der Tischler, Uneinigkeit in die Reihen der Möbelpolierer zu bringen, indem sie unter verschiedenen Vorwänden Versammlungen einberiefen, die aber resultatlos verliefen, weil die Möbelpolierer es vorzogen, die indirekten Organisationsfeinde allein unter sich zu lassen. Deshalb ist wohl auch diesmal die Annahme berechtigt, daß in dieser ersten Zeit kein Kollege, der den Zweck der Organisation erkannt hat, diese elende Organisationspielerei unterstützen wird. Wir müssen einen jeden, der nach einem so erfolgreichen Kampfe den Verband verläßt, um sich einem Vereinchen mit recht niedrigen Beiträgen anzuschließen, genau so betrachten wie den, der während des Kampfes zum Verräter wurde. Darum, Kollegen, zeigen wir den Organisationszersplitterern, daß die letzte Zeit nicht spurlos an uns vorübergezogen ist, daß wir gelernt haben, unsere Gegner nicht mit leeren Phrasen zu bekämpfen, sondern durch eine fest zusammengeschlossene Masse mit einem gemeinsamen Willen.

Wiesfeld. (Möbelschleifer.) Laut Beschluß der Besprechung vom 31. Mai d. J. ist das Umschauen hier verboten. Ein jeder Kollege hat den Arbeitsnachweis im Verbandsbureau in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelmsplatz, zu benutzen. Besonders wird vor schriftlichen Anfragen bei den Unternehmern gewarnt.

Braunschweig. Als es unseren bei Tischlerinnungsmeistern beschäftigten Kollegen im vorigen Jahre gelang, die neunstündige Arbeitszeit zu erobern, war es immerhin nur ein Bruchteil von dem am Orte Beschäftigten, die unter die Satzungen des abgeschlossenen Vertrags zu rechnen waren. Nur 20 Prozent aller Tischler arbeiteten bei den Meistern, 30 Prozent kommen für die beiden Pianofortefabriken und 50 Prozent für die Maschinenfabriken in Betracht. An Innungsmeistern fehlt es allerdings nicht, denn nicht weniger als 208 Mitglieder zählt die Innung; aber im Durchschnitt kommt auf jeden Meister nur ein Geselle. Dabei fehlt es nicht an Meistern, die sich nicht an die neunstündige Arbeitszeit und den Durchschnittslohn halten, und die mit Hilfe von untüchtigen zugereisten Kollegen den Vertrag zu umgehen versuchen. Unsere Kollegen können das Umschauen nun einmal nicht lassen. Unseren Nachweis kann man nicht finden, aber die schlechtesten Werkstätten findet man leicht, und so kam es sehr häufig vor, daß Kollegen, die schon acht bis vierzehn Tage in solchen Buden hockten und dann bei der Anmeldung auf die nicht tarifmäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werkstatt aufmerksam gemacht wurden, einfach erklärten: „Das haben wir nicht gewußt!“ — In den Maschinenfabriken, wo mit Ausnahme von zwei Betrieben bislang noch eine zehnstündige Arbeitszeit war, ist es endlich auch gelungen, durch einen Vorstoß die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zu erreichen. Mit den Organisationen zu verhandeln, lehnten zwar die Unternehmer ab, aber durch Unterhandlungen mit den gewählten Betriebskommissionen kam eine Einigung zustande. Für Lohnarbeiter wurde der Ausgleich des Wochenverdienstes festgestellt; die Wochensätze aufzubessern, dazu konnte man sich seitens der Fabrikanten nicht verstehen. Insgesamt waren 440 Holzarbeiter an dieser Bewegung beteiligt. Die Fabrikanten verhielten sich im Gegensatz zu dem früher eingenommenen Standpunkt diesmal entgegenkommender, weil für sie die zusammengelegte (sogenannte englische Arbeitszeit) ein leichteres Übergangsstadium bildete, und dürfte nach Äußerungen maßgebender Personen des Industriellenverbandes die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in nicht allzu weiter fern liegen. — In der Pianofortefabrik von Jantzer & Winklermann geht schon seit Jahren die 13 stündige wöchentliche Arbeitszeit. Dagegen bestand bei Steinweg & Söhne (Grottrian & Söhne) noch die 57 stündige. Versuche, auch in letzterem Betrieb dasselbe zu erreichen, wurden in den letzten Jahren öfters unternommen, aber da ein Teil der Arbeiter Gegner der zusammengelegten Arbeitszeit war, kam es nicht dazu. Durch das Vorgehen in der Metallindustrie ermutigt, traten unsere Kollegen nun der Sache ernsthaft näher, und nach Aussprache in zwei Betriebsversammlungen hatte die Eingabe der Ortsverwaltung Erfolg. Die neunstündige Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausgleich ist jetzt auch bei Grottrian & Söhne eingeführt. — Auch in den Stellmachereibetrieben, wo noch die zehnstündige Arbeitszeit von den Arbeitgebern als unumgänglich bezeichnet wurde, sind wir dabei, die 9 1/2 stündige durchzudrücken. Die Mehrzahl der Betriebe hat bereits bewilligt, und hoffen wir, in nächster Nummer die vollständige Durchführung auf der ganzen Linie berichten zu können.

Bremerhaven. Bremerhaven gehört zu den Städten, wo schon verschiedene Werftarbeiterbewegungen verloren gegangen sind. Regelmäßig hörte man dann nach Beendigung der Bewegung die Frage aufwerfen, ob die Organisationsform die richtige sei. Es wurde von sehr vielen hervorragenden Genossen darauf hingewiesen, daß mit den vielen Organisationen auseinanderum werden müßte und daß an deren Stelle ein allgemeiner Arbeitnehmerverband treten müßte. Viele hatten es sich schon berechnet, was man dort alles sparen könnte. Wollen wir nun ehlich sein, so muß man die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßig sei, zunächst einmal einen Anfang zu machen, jedoch kann bei einer Vereinfachung der Organisation nicht von Sparen die Rede sein, sondern der Kampf würde ein viel schärferer und größerer werden. Die Agitation würde in diesem Falle viel einfacher. Es ist jetzt nur möglich, auf den Werften für die eigene Organisation zu agitieren. Hier treten wieder die Reibungen zutage, indem man erklärt, dieser oder jener gehöre in diese oder jene Organisation. Dieses beweist natürlich, daß die Gewerkschaftsorganisation nicht genügend geschult sind. Denn es kann nur heißen, organisieren und uns gegenfettig schützen gegen die Ausbeuter. Dieses kann aber nur geschehen, wenn wir einig dastehen. Auf dem Kongress in Berlin, wo sämt-

liche in der Schifffahrt und am Schiffbau beschäftigten Arbeiter durch ihre Organisationen vertreten waren, wurde von dem damaligen Reichstagsabgeordneten Schmahfeld angelegt, die Frage einmal zu diskutieren, denn es sei nicht genügend, daß man sich gegenseitig die Leiden vortrage, sondern man müßte auch erörtern, wie denselben am besten abgeholfen würde. Es wurde aber zur Tagesordnung übergegangen, was ja auch nicht anders zu erwarten war, indem die einzelnen Organisationen sich mit dieser Frage wenig oder gar nicht befaßt hatten. Es darf sogar bezweifelt werden, daß der Kongress zustande gekommen wäre, wenn dieses auf der Tagesordnung gestanden hätte. Die kleinen Gewerkschaften müßten sich zunächst zugunsten der großen auflösen. Es ist nun aber eine Tatsache, daß der Klassengeist am größten bei den kleinen Gewerkschaften ist. Man sollte hier aufklärend wirken, ihnen den Weg zeigen, der zum Siege führt. Deshalb sollten sämtliche organisierten Gewerkschaftsmitglieder sich aufrufen, bei jeder Gelegenheit darauf hinzuwirken, damit endlich einmal ein Fortschritt auf diesem Gebiet gemacht wird. Ob der nächste Gewerkschaftskongress einen derartigen Beschluß fassen wird, mag dahingestellt bleiben, aber die Anregung soll zunächst gegeben werden, und es wird sich auch eine Anhängerschaft finden, die diese Idee weiter verfolgt, nicht zum Schaden der Organisation. Dieses sollte auch die Aufgabe der organisierten Holzarbeiter sein, an diesem Werke mitzuarbeiten. Deshalb auf, Kollegen, agitieren und organisieren, das muß unser Bestreben sein, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

Cöpenick. Nach der letzten Aussperrung, die sich ja hauptsächlich gegen die Kollegenchaft Berlins und der nächstgelegenen Vororte richtete, ist man wohl fast allorts zu der Überzeugung gelangt, daß sich das Unternehmertum immer fester unter dem Banner des Herrn Rahardt zusammenschließt, und daß trotz der Unzufriedenheit, welche in den Reihen der Berliner Tischlermeister gegen die Leitung des Arbeitgeberverbandes herrschen mag, diese Organisation nach drei Jahren stärker und gefestigter als je, in derselben ja vielleicht nach brutalerer Form versuchen wird, die Arbeiterchaft in der Holzindustrie niederzutrupeln. Auch ist man sich wohl allorts klar darüber, daß es unbedingt notwendig ist, während dieser dreijährigen Vertragsdauer unsere Beiträge so zu gestalten, daß wir nach Ablauf der Vertragsdauer gerüstet dastehen. Anders denkt jedoch die Mehrheit der Kollegen von Cöpenick, dem Orte, welches wohl noch von dem Siegeszug des Schuhmachers Wilhelm Boigt nach dem Rathaus in allgemeiner Erinnerung sein dürfte. Hier gelten im allgemeinen dieselben Arbeitsbedingungen sowie dieselben Lebensmittelpreise und Wohnungsverhältnisse wie in Berlin. Nur den einen Vorzug hat Cöpenick für die hier beschäftigten Kollegen, daß alle von den Kollegen Berlins und der nächstgelegenen Vororte erkämpften Verbesserungen, ohne daß es zu Streiks oder Aussperrungen kommt, von den Unternehmern, gezwungen durch die Verhältnisse, zugestanden werden müssen. Nun wird man wohl allgemein anerkennen müssen, daß die Mitglieder unserer Zahlstelle, erstens, um sich selbst genügend zu decken, und zweitens, um die Berliner Kollegen bei größeren Kämpfen in angemessener Form unterstützen zu können, moralisch verpflichtet wären, denselben Beitrag zu zahlen wie die Kollegen Berlins. In der letzten Mitgliederversammlung standen sich zwei Beitragsregelungen folgende drei Anträge gegenüber: 1. Um einen Gesamtbeitrag von 1 Mk. pro Woche zu erheben. 2. Den Wochenbeitrag auf 70 Pf. festzusetzen. 3. Den früheren Wochenbeitrag von 60 Pf. wieder beizubehalten. Zur Begründung des letzten Antrags führte der Antragsteller aus: „Vom 12. Januar d. J. bis zum 1. April zahlten wir einen Wochenbeitrag von 1,10 Mk., vom 1. April bis 1. Juni einen solchen von 1,75 Mk. Ich ersuche Sie, meinen Antrag anzunehmen, damit sich der Verband nicht ganz zum Ausbeuter seiner Mitglieder herabwürdigt.“ So gesprochen Anno 1907 zu Cöpenick von einem aufgeklärt sein wollenden Arbeiter, der, nebenbei gesagt, auch die Arbeiterchaft im Stadtparlament vertritt! Nun, dieser weitblickende Kollege hatte auch die Genehmigung, daß sein Antrag mit großer Majorität angenommen wurde. In Cöpenick wird man also auf sollen der Berliner Kollegenchaft weiter nassauern. Die letzte mag auch noch für eine oder andere Vororte von Berlin zureichend sein. Hier wäre es zur Herbeiführung gesunder Verhältnisse notwendig, daß seitens des Gewerkschafts darauf hingearbeitet wird, alle näher bei Berlin gelegenen Vororte zu einem Lohngebiet zu vereinigen, beziehungsweise die Zahlstelle Berlin einzuverleiben. Sollte es jedoch dem Gewerkschaft nicht möglich sein, einen derartigen Zusammenschluß herbeizuführen, so dürfte es vielleicht ratsam sein, mit einem entsprechenden Antrag an den nächstjährigen Verbandstag heranzutreten.

Frankenhausen (Hfsh.). Die am 15. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung beschäftigte sich eingehend mit der abzuhaltenen Perlmutter-Drechslerkonferenz. Die Ansicht der sich an der Diskussion beteiligenden Kollegen ging einstimmig dahin, nur für diese Branche allein eine Spezialkonferenz stattfinden zu lassen, da gerade in diesem Gewerbe die in jedem Orte verschiedenartig vorhandenen Arbeitsverhältnisse geregelt werden müssen. Zur Tagesordnung wurde empfohlen: 1. Berichterstattung der Delegierten über örtliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 2. Wie sind die vorhandenen Mißstände zu beseitigen. Als Tagungsort wurde Frankenhausen vorgeschlagen.

Hamburg. (Korbmacher.) In der Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ verlangt Herr Heitmann 20 Korbmacher auf Geschloßberbe. Infolge dieses Invertrats hat sich eine kleine Völkerwanderung nach hier in Bewegung gesetzt. Aus allen Gauen kamen die Kollegen angereist. Die Werkstatt war daher schnell besetzt und es wurden schon eine Anzahl Kollegen abgewiesen, trotzdem Herr Heitmann noch lange keine 20 Kollegen eingestellt hatte, auch gar nicht so viel Platz hat. Außerdem ist noch eine große Anzahl schriftlicher Angebote eingegangen, auch bei anderen hiesigen Firmen. Somit hatte Herr Heitmann seinen Zweck erreicht, nämlich Ueberangebot von Arbeitskräften. Die eiligt hergereisten Kollegen aber hatten ihren üblichen Heimfall. Die meisten waren in dem Glauben, es handle sich um die in Aussicht stehenden neuen sogenannten Drillings, sie wurden aber von diesem Glauben gründlich kurirt. Wir teilen hierdurch den Kollegen mit, daß es sich um runde Geschloßberbe handelt, ältere Modelle, 15 x 66 Zentimeter zu 65 Pf., und die sogenannten Ringkörbe zu 85 Pf., aber nur kleine Posten. Die

ertere Sorte ist bereits fertig. Das Material ist derartig, daß es nicht möglich ist, einen annehmbaren Verdienst zu erzielen und es beginnt bereits die Abwanderung der Kollegen. Wir richten wiederholt die dringende Bitte an die auswärtigen Kollegen, erst vorher Erkundigung bei uns einzuholen, sie sehen sich sonst der Gefahr aus, neben dem Schaden auch noch den Spott einstecken zu müssen. Die neuen Gesellschafter werden noch längere Zeit auf sich warten lassen, da die Ausschreibung von der zuständigen Behörde auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist. Die Sektionsleitung.

Mannheim. Seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung besteht hier ein Arbeitsnachweis. Derselbe wurde auch von den Arbeitgebern stets benutzt und könnten wir wohl behaupten, mit leichter Mühe einen gut funktionierenden Arbeitsnachweis erreicht zu haben. In letzter Zeit haben sich jedoch Mißstände eingeschlichen, die unbedingt beseitigt werden müssen. Nachdem wir mit der Schreinermeistervereinigung keinen Vertrag abgeschlossen haben, wie er diesen Herren passte, haben sie aus Rache unseren Arbeitsnachweis gemieden. Das konnte uns aber nicht schaden. In letzter Zeit ist aber das Umschauen geradezu zum Unfug geworden, und hierin wird von den durchreisenden Kollegen sehr viel gesündigt. Anstatt sich erst auf das Verbandsbüro zu begeben und sich Auskunft zu holen, klopfen die Kollegen alle Türen ab, und hierdurch ist den Meistern geholfen und können sie sich dadurch den Weg zu unserem Arbeitsnachweis sparen. Haben doch die Arbeitgeber gleichzeitig durch das Umschauen den Vorteil, daß sie die Kollegen mit einem geringen Lohn abspießen, weil dann mancher über die Verhältnisse am Orte nicht orientiert ist. Macht man nun den Kollegen über ihr verwerfliches Tun Vorwürfe, dann bekommt man das alte Wort zu hören: Auf dem Verbandsnachweis bekommt man doch selten Arbeit, oder die Indifferenten besetzen die Bänke. Beides trifft aber nicht zu. Halten sich die Kollegen an das Reglement, so werden die Arbeitgeber gezwungen, den Arbeitsnachweis anzuerkennen. Wir ersuchen hiermit alle Kollegen, in Zukunft das Umschauen zu unterlassen, damit die Arbeitgeber genötigt sind, unseren Arbeitsnachweis zu benutzen.

Offenbach. (Verschmelzung der Zahlstellen Offenbach und Bürgel.) Nach eingehender Beratung der beteiligten Lokalverwaltungen ist beschlossen worden, die Zahlstellen Offenbach und Bürgel i. S. miteinander zu verschmelzen. Die getroffenen Vereinbarungen, die in den Mitgliederversammlungen beider Zahlstellen gutgeheißen wurden, bestimmen, daß die Mitglieder der Zahlstelle Bürgel am 1. Juli der Zahlstelle Offenbach beitreten. Aus Zweckmäßigkeitsgründen bleiben die vierwöchentlichen Versammlungsabende wie seither für Bürgel bestehen. Wichtige Mitglieder- und öffentliche Versammlungen müssen von der Allgemeinheit in Offenbach besucht werden. Für Bürgel bleibt ferner eine dreigliedrige Kommission bestehen, die in reger Fühlung mit der Offenbacher Verwaltung bleibt. Der Beitrag beträgt ab 1. Juli für alle Mitglieder 70 Pf. Das Lokalassistentenvermögen geht zur Zahlstelle Offenbach über, dahingegen treten mit dem Tage des Übertritts die Bürgeler Mitglieder in den Genuß der Lokalunterstützungssätze, wie sie für Offenbach laut Lokalstatut festgesetzt sind. Wir richten zum Schluß die Aufforderung an alle Kollegen beider Zahlstellen, am 1. Juli die Agitation in allen Werkstätten gemeinsam und energisch zu betreiben. Die Verwaltung wird ihr Möglichstes tun, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in allen ihr unterstehenden Betrieben einzuführen. Sie rechnet dabei auf die Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Werkstättenführungen finden in aller Kürze nacheinander statt, um die Organisationszugehörigkeit in allen Betrieben festzustellen und hiernach den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Wenn dies der Fall ist, können wir jederzeit gewappnet dem Unternehmertum gegenüberstehen. Auf, Kollegen, zur gemeinsamen Arbeit!

Mies. Wenn man den Besuch der Mitgliederversammlungen betrachtet, dann könnte man meinen, die Kollegen von Mies wären auf Rosen gebettet. Dabei kommen doch hier noch Stundenlöhne von 20 bis 30 Pf. vor bei einer Arbeitszeit von elf Stunden. Wenn von 110 Mitgliedern 20 bis 25 in den Versammlungen erscheinen, dann ist es wirklich ein trauriges und beschämendes Zeugnis, das man den Kollegen ausstellen muß. Besonders den Kollegen aus der Sächsischen Möbelindustrie, deren Tarif am 1. August abläuft, möchten wir ans Herz legen, in Zukunft besser auf dem Posten zu sein, wenn sie etwas erreichen wollen. Bei besonderen Anlässen verirren sich wohl einige Kollegen in die Versammlung, um eventuell über gefasste Beschlüsse, welche ihnen nicht passen, zu räsonnieren, aber dann lassen sie sich nicht wieder sehen. Kollegen, gerade hier in Mies gibt es noch viel Arbeit für die Organisation, denn von 500 Holzarbeitern sind nur 110 organisiert. Deshalb wenden wir uns nochmals an euch, Kollegen, mit der Bitte, besucht die Versammlungen pünktlicher, sorgt dafür, daß sämtliche noch fernstehende dem Deutschen Holzarbeiterverband zugeführt werden, damit wir sie zu treuen Mitkämpfern unserer guten Sache machen können. Mitgliederversammlungen finden alle 14 Tage statt; nächste Versammlung am Sonnabend den 29. Juni, abends 8 Uhr.

Schweidnitz. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung beschäftigte sich am 15. Juni eingehend mit den Verhältnisseverhältnissen. Zunächst berichtete der Bevollmächtigte über den Streit der Zimmerer. Im Baugeschäft Karve & Zantopf legten unsere dort beschäftigten Kollegen einmütig die Arbeit nieder, da ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu verrichten. Recht traurige Verhältnisse herrschen in der hiesigen Büchsen- und Holzfabrik von Münnich. Lange Arbeitszeit und dabei die denkbar niedrigsten Löhne, die Kollegen finden es aber durchaus nicht notwendig, sich zu organisieren. Wie weit sie aber ohne Organisation kommen, beweist ihre sogenannte „Lohnbewegung“. Die Arbeitszeit wird versucht zu vergrößern auf 65 auf 61 Stunden herabgesetzt, eine Erhöhung des äußerst niedrigen Lohnes aber rundweg abgelehnt. Kollegen, wollt ihr länger hungern und darben? oder seid ihr gewillt, eure Lebenslage zu verbessern, dann zeigt, daß ihr Männer seid, und schließt euch euren Klassengenossen im deutschen Holzarbeiterverband an. In der Spielwarenfabrik von G. Kottner sucht man so viel wie möglich die Verbandsmitglieder herauszufinden. Hilfreiche Hand bieten den Verbandsmitgliedern hierzu die Hirsche. Als vor kurzem der Schriftführer unserer Zahlstelle entlassen wurde, da machte ein früheres Vorstandsmitglied der Hirsche seinem gepreßten Herzen Luft,

indem er ausrief: Nun ist wieder so ein Hund raus und andere werden auch noch daran kommen! Diese Worte sprechen für sich selbst, die Kollegen werden sich mit Abscheu von dieser Gesellschaft wenden und nicht eher ruhen, bis die große Mehrzahl der Kollegen sich unserem Verband angeschlossen hat, damit der Gewerksverein bei der Weltfirma G. Kottner ebenso zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt wie in allen anderen Betrieben. Eine solche Gesellschaft hat ihre Daseinsberechtigung verloren.

Bermelsbüchel. Unsere letzte Mitgliederversammlung vom 16. Juni war trotz der reichhaltigen Tagesordnung recht schwach besucht. Kollege Pfaff aus Barmen erläuterte in seinem Vortrag die Entwicklung und Leistungen unserer Gewerkschaften. In der Diskussion wurden verschiedene Werkstätten kritisiert. Dabei trat wieder klar zutage, daß in Werkstätten mit effizienter Arbeitszeit Löhne gezahlt werden, die aller Menschlichkeit Hohn sprechen. Auch die Maschinen befinden sich meist in einem Zustand, daß der Arbeiter täglich und stündlich seine gefunden Knochen aufs Spiel setzt. Ist doch sogar eine Werkstelle am Orte, wo in einem wahren Kesselloch gearbeitet wird, so daß es nicht wundernehmen kann, daß ein Kollege, der einige Jahre dort arbeitete, sich die Schwindsucht an den Hals geschrubbt hatte. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Erhebung eines Lokalbeitrags, und wurde einstimmig beschlossen, einen solchen von 10 Pf. ab 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Nun möchten wir die hiesigen Kollegen ersuchen, unsere nächste Mitgliederversammlung am 30. Juni, vormittags 10 Uhr, bei Wop besser zu besuchen als bisher. Kollegen, es ist falsch, wenn man glaubt, man bezahlt den Verbandsbeitrag, dann ist alles gut. Selbe jeder einzelne mitarbeiten und agitieren, besucht die Versammlungen, nur dann kann und wird es auch hier besser werden. Kollegen, es ist notwendig, daß wir uns in den Versammlungen über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse aussprechen. Nur dann, wenn jeder frei von der Leber alle Mißstände aufdeckt, kann diesen abgeholfen werden. Also alle Mann am 30. Juni in die Versammlung.

Sterbetafel.

- Mar Bräutigam, Korbmacher, geb. 22. März 1882 zu Coburg, gest. 24. Mai 1907 zu Brandenburg.
- Otto Gerhan, geb. 28. April 1862 zu Berlin, gest. 30. Mai 1907 zu Burg.
- Johann Laß, Schreiner, geb. 18. August 1861 zu Lauf, gest. 30. Mai 1907 ebenda.
- Jacob Obermeier, Schreiner, geb. 27. Juni 1868 zu Regensburg, gest. 29. Mai 1907 zu München.
- Job. Helmburger, Schreiner, geb. 18. Oktober 1876 zu St. Magburg, gest. 26. Mai 1907 zu München.
- Arnold Garr, Pinselmacher, geb. 21. Dezember 1861 zu Nürnberg, gest. 28. Mai 1907 ebenda.
- Robert Pätzold, Tischler, geb. 19. Mai 1865 zu Blasdorf, gest. 3. Mai 1907 ebenda.
- Alwin Bürgel, Schreiner, geb. 24. Dezember 1878 zu Trautenau, gest. 25. Mai 1907 zu Worms.
- Friedrich Poppe, Knopfmacher, geb. 10. November 1889 zu Frankenhäusern, gest. 10. Juni 1907 ebenda.
- Paul Scherber, Tischler, geb. 6. Januar 1877 zu Langenhennersdorf, gest. 18. Juni 1907 zu Essen.
- Gottlieb Bauer, Tischler, geb. 30. März 1889 zu Schlichten, gest. 14. Juli 1907 zu Schorndorf.
- Peter Rasenauer, geb. 19. Juli 1857 zu Lauf, gest. 9. Juni 1907 zu Nürnberg.
- Gustav Proß, Schreiner, geb. 6. August 1888 zu Heilbronn, gest. 8. Juni 1907 ebenda.
- Emil Siegert, Drechsler, geb. 23. Januar 1866 zu Giesfeld, gest. 14. Juni 1907 zu Burg bei Magdeburg.
- Josef Heinrich Heyne, Schreiner, geb. 24. Januar 1857 zu Dissen, gest. 10. Juni 1907 zu Frankfurt a. M.
- Emil Schmidt, Drechsler, geb. 11. Oktober 1889 zu Schleusingen, gest. 16. Juni 1907 zu Frankfurt a. M.
- Wilhelm Bier, Schreiner, geb. 3. April 1875 zu Edelingen, gest. 7. Juni 1907 zu Frankfurt a. M.
- Joh. Schwarz, geb. 14. November 1876 zu Winterbach, gest. 10. Juni 1907 zu Jästh.
- Paul Schwärzke, geb. 6. April 1857, gest. 19. Mai 1907 zu Berlin.
- Max Goldig, geb. 17. Juni 1890, gest. 2. Juni 1907 zu Altenburg.
- Wilhelm Mehdde, Tischler, geb. 19. Juni 1886 zu Braunsfeld, gest. 8. Juni 1907 zu Stettin.
- Eugen Bayer, Schreiner, geb. 18. Januar 1878 zu Stuttgart, gest. 21. Mai 1907 ebenda.
- Wilhelm Wühle, Fräser, geb. 19. Februar 1861 zu Umm, gest. 23. Mai 1907 zu Stuttgart.
- Adolf Henne, Klaviermacher, geb. 22. Oktober 1866 zu Weisach, gest. 28. Mai 1907 zu Stuttgart.
- Johann Charpf, Schreiner, geb. 22. Januar 1853 zu Gymbach, gest. 31. Mai 1907 zu Stuttgart.
- Hermann Pfizenmeyer, geb. 6. November 1881 zu Bäcknang, gest. 24. Mai 1907 ebenda.
- Oskar Wagner, Knopfmacher, geb. 8. Dezember 1879 zu Breslau, gest. 5. Juni 1907 ebenda.
- Eduard Skatulla, Parkettbodenleger, geb. 4. August 1874 zu Gleiwitz, gest. 12. Juni 1907 zu Breslau.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Dömitz, Dresden (Seidel & Naumann), Holzgerlingen, Greifswald, Konstanz, Liegnitz (Gehrig), Meß (Lothringer Baugesellschaft), Mülln i. S., Posen (Sargtischlerer Baum), Saalfeld (Waschmaschinenfabrik A. Schmidt und M. Schade), Stolp (Deder und Körner), Bittau, Derviers (Belgien);

- Tischlern und Stellmachern nach Wismar (Waggonfabrik);
- Modell- und Fabrikfachlern nach Weingarten (Schah);
- Ristenmachern nach Rothenfelde (Fahlfamp);
- Drechsler nach Frankfurt a. O. (Gollath), Lübeck;
- Stellmachern nach Frankfurt a. Main;
- Holzarbeitern nach den Uhrenfabriken im Schwarzwald;
- Berggoldern nach Ungarn;
- Pinselmachern nach Budapest.

Zu Cham (Oberpfalz) war es möglich, auf friedlichem Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 56 Stunden zu erreichen. Der bisher in 60 Stunden erzielte Wochenverdienst wird in 56 Stunden umgerechnet und der so erzielte Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Der Mindestlohn beträgt im zweiten Gehilfenjahr 27 Pf., im dritten 30 Pf., vom 20. Lebensjahr ab 33 Pf. Wird mit den 2 Pf. Lohn-erhöhung der Mindestlohn nicht erreicht, so beträgt die Aufbesserung entsprechend mehr. Überstunden werden mit 25 (bisher 10) Prozent vergütet. Die Baugelage beträgt 20 Pf. pro Tag, auswärts 1,80 Mk., bei weiterer Entfernung und besonders teuren Orten entsprechend mehr. Auch sonst wurden weitere Verbesserungen vereinbart. An den Kollegen liegt es nun, das Erreichte hochzuhalten und die Organisation weiter zu stärken.

Zu Dresden erreichten die Korbmacher der Gestellbranche neben Lohnerhöhungen, Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit, eine Verkürzung der Arbeitszeit um drei bis sechs Stunden wöchentlich. Die Kollegen der Grün- und Beschlagenbranche haben gleichfalls Forderungen an die Unternehmer gestellt. Verlangt wird 58 stündige wöchentliche Arbeitszeit, 40 Pf. Mindestlohn und entsprechende Erhöhung der Akkordpreise.

Die Kammarbeiter der Firma Ulrich Nachf. erreichten sofort drei Stunden Arbeitszeitverkürzung und fünf Prozent Lohnerhöhung. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit um drei Stunden am 1. Juni 1908.

Der Streit bei der Firma Seidel & Neumann ist Montag den 17. Juni bedingungslos abgebrochen worden. Der Betrieb ist fast vollständig mit Streikbrechern besetzt. Die Firma will Streikende überhaupt nicht wieder einstellen. Da wir neben 208 Arbeitslosen noch über 100 Mann von Seidel & Neumann auf der Strafe haben, machen wir darauf aufmerksam, daß Kollegen, die jetzt nach Dresden kommen, nicht auf Arbeit reflektieren können.

Zu Harburg hat die Arbeitsniederlegung der Modelltischler bei der Firma Messerschmidt den Erfolg gehabt, daß die Fabrikleitung nach einer Aussprache mit dem Vorsitzenden der Ortsverwaltung sich bereit erklärte, vom Montag den 24. Juni ab den geforderten Stundenlohn von 50 Pf. zu zahlen und die ausständigen Kollegen, soweit sie nicht bereits anderswo Arbeit gefunden haben, wieder einzustellen. Der beachtenswerte Erfolg ist auf das geschlossene Vorgehen der Kollegen zurückzuführen und als eine moralische Genugtuung unserer Organisation zu bewerten.

In Kaiserlautern stehen die Holzschuhmacher der Firma Loh seit sieben Wochen im Streit. Die Firma weigert sich hartnäckig, die geringen Forderungen der Arbeiter zu bewilligen. Mehrere Unterhandlungen verliefen ergebnislos. Die Firma versucht jetzt mit allen Mitteln, von auswärtigen Streikbrechern heranzuziehen. Die Kollegen mögen daher davon Kenntnis nehmen, daß die Bewegung für die Streikenden äußerst günstig steht und der Streit fortdauert.

Zu Kiel sind die Stellmacher am 17. Juni in den Ausstand getreten. Gefordert wurden 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 45 Pf. Minimallohn, 5 Pf. Zuschlag auf die bestehenden Löhne und vor den hohen Festen um 4 Uhr Schluß der Arbeitszeit, jedoch soll der Lohn voll bezahlt werden. Über die gewiß für die Kieler Verhältnisse recht bescheidenen Forderungen hatten sich die beiderseitigen Kommissionen geeinigt. Bewilligt wurden die 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 44 Pf. Minimallohn, vom 1. April 1908 45 Pf.; bei Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit sollte der bisher erzielte Wochenverdienst weitergezahlt werden; vor den hohen Festen sollte bei Bezahlung der fehlenden zwei Stunden um 4 Uhr Schluß der Arbeitszeit sein. Über die Vertragsdauer einigte man sich auf den 1. April 1909. Trotz heftiger Opposition wurde dieser Entwurf von den Kollegen angenommen. Anders aber bei den Arbeitgebern. Diese setzten für Minimallohn einfach Stundenlohn, die Bezahlung der zwei Stunden vor den hohen Festen wurde gestrichen und der Vertrag auf dreiviertel Jahr, bis zum 31. Dezember 1909, verlängert. Auf den Ablaufstermin des Vertrags konnten wir uns auf keinen Fall einlassen, da dieser für uns der Zeitpunkt der ungünstigsten Geschäftskonjunktur ist. Deshalb legten wir am Montag die Arbeit nieder. — Freitag wurde in der Innungsversammlung, zu der unsere Kommission zugezogen war, der letzte Punkt fallen gelassen und der Vertrag auf unbestimmte Zeit angenommen. Die Kollegen nahmen Montag den 24. Juni die Arbeit wieder auf. An den Kollegen, denen durch den jetzigen Kampf klar zum Bewußtsein gekommen ist, welche Macht eine straffe Organisation besitzt, wird es nun liegen, auf der jetzt betretenen Grundlage weiterzubauen und die sich ihnen bietenden Vorteile auszunutzen.

Zu Mannheim erreichten die bei der Firma Gebrüder Reuling, Armaturenfabrik, beschäftigten Modelltischler, nachdem sie ihre Kündigung eingereicht hatten, eine Lohnerhöhung von 3 bis 6 Pf. die Stunde, außerdem Beseitigung verschiedener Mißstände. Lange hat es gedauert, bis wir in diesem Betrieb einigermaßen geordnete Zustände hereinbekommen haben, da dort stets unorganisierte Kollegen arbeiteten. Nun hat es sich auch hier wieder gezeigt, daß dort, wo die Kollegen organisiert sind und Einigkeit herrscht, gar manches zu erreichen ist. Der Streikbrecher Streib erhielt für seine Gunde demut 2 Pf. Lohnerhöhung, nachdem er den Direktor kniefällig darum gebeten hatte, ihn doch auch eine Lohnerhöhung zukommen zu lassen. Anfangs sollte er als Lohn für seine Tat, weil er nicht gefündigt hatte, nichts erhalten.

Zu Ottendorf in Sachsen will der Möbelfabrikant Schöffel die Organisation vernichten. Die daraus entstandenen Differenzen haben nun zur Arbeitseinstellung der Tischler geführt. Wir bitten, jeden Zuzug zu meiden.

In Rosen ist der Streit der Sargtischler beigelegt. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von 72 auf 58 Stunden, der Mindestlohn wird von 25 und 30 auf 40 Pf. erhöht, Überstunden bis 8 Uhr abends werden mit 5 Pf., nach 8 Uhr und Sonntags mit 20 Pf. Aufschlag bezahlt. Der neue Tarif weist Lohnerhöhungen von 25 bis 33 Prozent auf. Der zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und den Unternehmen abgeschlossene Vertrag läuft bis 1. Mai 1909. Über die Firma Baum, die den Tarif nicht anerkennt, ist die Sperre verhängt worden.

In Potschappel und Hainsberg, wo früher selbständige Zahlstellen bestanden, die seit Neujahr 1907 Dresden angeschlossen sind, wurde der Dresdener Vertrag den Unternehmern unterbreitet. Erreicht wurde Verkürzung der Arbeitszeit bis drei Stunden für 340 Kollegen und eine Lohnerhöhung um 2 bis 10 Pf. pro Stunde. In zwei Betrieben, bei Fickler in Hainsberg und Stephan in Gittersee, mußten erst die Arbeiter in den Streit treten. Die Arbeit konnte nach drei resp. sechs Tagen wieder aufgenommen werden. Noch nicht erledigt sind die Differenzen bei der Firma Kohler in Hainsberg und Lange in Deuben. Erstere Firma hat zwar drei Stunden Arbeitszeitverkürzung bewilligt, die aber bisher bei der Firma üblichen niederen Löhne sollen auch jetzt im Verhältnis bestehen bleiben. Herr Lange wieder hat annähernd die Lohnerhöhung bewilligt, glaubt aber nur eine Stunde die Arbeitszeit verkürzen zu können.

In Saalfeld sind in den Waschmaschinenfabriken von A. Schmidt und M. Schade Differenzen ausgebrochen, und stehen die organisierten Holzarbeiter und Wblicher schon seit 14 Tagen im Ausstand. Es handelt sich um Maßregelungen, durch welche die Unternehmer gedachten, unsere Organisation an Orte lahmzulegen. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Holzarbeiters, Saalfeld zu meiden, zumal die Lohnverhältnisse hier auch keine rosigen sind.

In der Schwarzwälder Uhrenindustrie ist jetzt die Aussperrung der Holzarbeiter perfekt geworden. Veranlassung zu derselben fanden die Unternehmer in einer geringen Lohnforderung des Metallarbeiterverbandes an die Firma Jäckle in Schwenningen. Dort hat man auch den Anfang mit der Aussperrung gemacht. So wurden die Kollegen aus der Firma F. E. Haller alle und aus der großen Firma von Fried. Maute, Aktiengesellschaft, zum Teil ausgesperrt. Bisher wurden von Schwenningen etwa 50 Aussperrte gemeldet. Diese Zahl beweist, daß auch hier der große Gewaltakt, den die Unternehmer geplant hatten, nicht voll zum Durchbruch gebracht werden konnte. In Willingen sind am 22. Juni in zwei Uhrfabriken sämtliche Holzarbeiter ausgesperrt worden, wobei circa 90 Arbeiter in Betracht kommen. In zwei kleineren Uhrfabriken wurden die Kündigungen zurückgezogen, wobei die Unternehmer sich verpflichteten, niemand auszusperrn. Recht schwer fällt es den Herren, die Parole des Arbeitgeberverbandes zu befolgen. Von diesem wurde verlangt, daß jeder Fabrikant 25 Prozent seiner Arbeiter aussperrn sollte. Diesen Verlangen suchen die Herren in der Weise gerecht zu werden, daß sie jetzt ihre Betriebe schließen und die Inventur vornehmen, die unter normalen Verhältnissen erst vier Wochen später eingetretene wäre. Die Verlegenheit der Unternehmer leuchtet am besten aus den Flugblättern, welche in verschiedenen Ausgabeln und in überreichlicher Menge auf dem ganzen Schwarzwald in Umlauf gesetzt werden. Dort wird mit den großen Löhnen paradiert, welche angeblich an die Arbeiter bezahlt wurden. Es ist nur schade, daß es weltbekannt ist, wie gering die Löhne der Schwarzwälder Uhrenarbeiter in Wirklichkeit sind. Schmer ist es uns nicht geworden, das Gegenteil von dem zu beweisen, was seitens der Unternehmer behauptet wurde. Nur weiter so die Wahrheit auf den Kopf gestellt, ihr Herren Unternehmer, und selbst dem rückständigsten Schwarzwälder werden die Augen aufgehen.

In Sulzbach und Altenwald stehen die Schreiner und Maschinenbauer seit dem 24. Juni im Streit. Die Meister versuchen die Plätze mit Arbeitswilligen zu besetzen. Die Kollegen im Saarrevier, die dieser Bewegung das größte Interesse entgegenbringen sollten, da es sich um die Beilegung der 66 stündigen Arbeitszeit handelt, werden dringend ersucht, ein möglichst rasches Auge zu haben und für Fernhaltung des Zugriffs zu sorgen.

In Wismar wurde, wie bereits berichtet, die Arbeit auf der Waggonfabrik am 27. Mai wieder aufgenommen. Die Freude dauerte jedoch nicht lange, denn die Schmiede und Metallarbeiter legten noch an demselben Tage die Arbeit wieder nieder. Die Holzarbeiter arbeiteten weiter bis Freitag den 31. Mai wo sämtliche im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Kollegen entlassen wurden. Die Girsche konnten weiterarbeiten. Auf die Anfrage der hiesigen Zahlstelle des Gewerkschafts bei ihrem Generalkonvent hat dieser geantwortet, sie sollten weiterarbeiten und nun sind die Girsche bei und arbeiten an den Bänken, sowie an der Arbeit der Gemäßregelungen. Zuerst wollten sie sich ja auch zieren, doch als der Meister sagte, es sei keine Streikarbeit, denn die vom Holzarbeiterverband sind ja entlassen, da haben sich die Girsche in ihrer Versammlung auch auf den Standpunkt gestellt, die Arbeit sei nicht als Streikarbeit zu betrachten. Von solcher Organisation kann man ja auch weiter nichts verlangen, als daß sie den Streikbrecher macht, das sind ja auch schon alle Kollegen gewahrt worden, die mit derartigen Elementen zu tun hatten. Der Stand der Aussperrung ist ein guter, von 80 gemäßregelten Kollegen sind kaum noch 20 ohne Arbeit, viele verheiratete Kollegen sind abgereist. Inzwischen sind auch schon 12 Girsche entlassen worden, aber daß die Bande nun ihre übrigen Mitglieder auch aus dem Betrieb herauszieht, so was gibt's nicht, die noch nicht Entlassenen machen ruhig Streikarbeit weiter.

In Zittau sind nunmehr Verhandlungen im Gange und steht zu hoffen, daß es ohne Kampf zum Abschluß eines annehmbaren Vertrags kommen wird.

Aus der Holzindustrie.

Wie die Girsche ausschneiden.

Seitdem es mit der Mitgliederzahl des Gewerkschafts der Tischler so rapide abwärts geht, hat es sich der Generalkonvent ganz abgewöhnt, über seine Geschäftsführung öffentlich Rechenschaft abzulegen. Ist in früheren Jahren noch regel-

mäßig ein Kassenbericht in der „Girsche“ veröffentlicht worden, so ist jetzt auch die Bekanntgabe der Einnahmen und Ausgaben aus der Übung gekommen. Möglich, daß das Verheimlichen des Kassenabschlusses mit dem beschränkten Raum der „Girsche“ begründet wird, welche aus Ersparnisrücksichten seit Beginn dieses Jahres in bedeutend reduzierterem Umfang erscheint. Durchschlagend ist aber dieser Grund nicht, denn die „Girsche“ findet in den letzten Nummern noch Platz genug zum Abdruck eines schauerlich-schönen Feuilletons im Stile der Eugen Richter'schen Sparagnes und Strampelannie, welches einen beträchtlichen Teil des Blattes füllt. Der wahre Grund für die Geheimtuerie dürfte wohl darin liegen, daß man sich schämt, Rechnungsabschlüsse bekannt zu geben, die nichts Rühmliches melden.

Um sich über die Lage des Girsch-Dunderschen Gewerkschafts zu orientieren, ist man auf die zusammenfassende Übersicht für alle Gewerkschaften angewiesen, die im Verbandsorgan, dem „Gewerkschaft“, publiziert wird. Die letzte derartige Zusammenstellung ist in Nr. 24 des „Gewerkschaft“ vom Jahre 1906 abgedruckt und bezieht sich auf das Jahr 1905. Für das Jahr 1906 liegt die Zusammenstellung nicht vor.

Durch die Art der Zusammenstellung, bei welcher in den einzelnen Rubriken verschiedenartige Posten zusammengezogen werden, wird die Übersicht wesentlich erschwert, das ist aber auch der Zweck dieses Modus der Veröffentlichung. Doch dürfte das Verlangen, daß die Zahlen, wenn auch nicht besonders übersichtlich, so doch wenigstens richtig wiedergegeben werden möchten, gewiß nicht unbescheiden sein. Die Abrechnung der Gewerkschaften erfüllt aber dieses Verlangen nicht, denn sie gibt in einem sehr wesentlichen Punkte falsche Zahlen.

Nach der erwähnten Publikation des „Gewerkschaft“, deren Zahlen in alle Gewerkschaftsstatistiken übergegangen sind, hatte der Gewerkschaft der Tischler am Ende des Jahres 1905 8078 Mitglieder. In Wirklichkeit war jedoch die Mitgliederzahl ganz bedeutend niedriger!

Vor uns liegt eine Broschüre mit dem Titel „Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1905 des Gewerkschafts der deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen“. Diese Drucksache des Gewerkschafts wird streng geheim gehalten und nur einem ganz auserlesenen Kreis von Mitgliedern zugänglich gemacht, was allerdings nicht hindert, daß sie auch uns auf den Redaktionsstisch geflogen ist. Die Sorgfalt, die darauf verwandt wird, dieses Schriftstück profanen Blicken zu entziehen, wird verständlich, wenn man sieht, wie hier der Schatzmeister seinem bedrängten Herzen Luft macht. Gleich einleitend konstatiert er mit dürren Worten, daß „über unsere Gewerkschaft kein glücklicher Stern gewaltet hat“. Dann wird die Abrechnung des Gewerkschafts, der Krankengeldzuschuß- und der Begräbniskasse in tabellarischer Form für die einzelnen Zahlstellen gegeben, dabei ergibt sich, daß der Gewerkschaft der Tischler am Schlusse des Jahres 1905 nur 6967 Mitglieder zählte, also 1111 weniger, als er in den für die Öffentlichkeit bestimmten Schriftstücken angibt.

Das ist ein ziemlich starker Tabak, den sich die ehrbaren Girsche da leisten, indem sie in den für die große Öffentlichkeit bestimmten Schriftstücken ihre Mitgliederzahl um nahezu 16 Prozent aufrunden. Daß sie sich ihrer Jämmerlichkeit schämen, kann man ja begreifen, aber deshalb brauchen sie doch nicht gleich so stark zu schwindeln.

Es dürfte unsere Kollegen interessieren, zu erfahren, in welchen Orten die Girsche am stärksten vertreten sind; wir geben deshalb nachstehend die Filialen mit mehr als 100 Mitgliedern. Am Schlusse des Jahres 1905 zählte Augsburg 183 Mitglieder, Berlin (in sieben Filialen zusammen) 819, Breslau (zwei Filialen) 139, Bromberg 103, Danzig 150, Düsseldorf 111, Elbing 102, Freiburg im Breisgau 107, Girsch i. B. 173, Stolp 140. In allen anderen Orten war die Mitgliederzahl niedriger als 100.

In den beiden Nebenkassen ist die Mitgliedschaft nicht obligatorisch; von den Gewerkschaftsmitgliedern gehörten daher der Krankengeldzuschußkasse nur 3156 und der Begräbniskasse 1821 Mitglieder an. Die letztere Kasse steht finanziell am besten, sie übt aber doch keine Anziehungskraft aus, denn im ganzen Jahre haben sich nur 89 Mitglieder aufnehmen lassen. Schlimmer ist es um die Zuschußkasse bestellt, von welcher einzelne Filialen immer wieder Beihilfen aus der Hauptkasse bedürfen. Die Ursache dieser Erscheinung ist dem Schatzmeister bekannt, sagt er doch selber, daß die Mitglieder alt werden und der junge Nachwuchs fehlt.

Für den Beobachter der Girsch-Dunderschen Gewerkschaften ist dieses Geständnis nichts neues; eine Arbeiterorganisation, welche sich so jammervoll benimmt wie der Gewerkschaft, kann auf die jungen, vorwärtstrebenden Arbeiter keine Anziehungskraft ausüben. Ihr gehören nur noch die alten Herren an, welche infolge des natürlichen Beharrungsvermögens und weil sie die erworbenen Rechte nicht preisgeben wollen, den, freilich morschen, Stamm der Organisation bilden. Um ihn gruppieren sich neben einigen unerfahrenen Reuten, die sich aus Unkenntnis der Verhältnisse zu den Girschen verlaufen haben, in anmutiger Weise Streikbrecher und ähnliches Gesindel, welches aus der Gesellschaft ehlicher Arbeiter ausgeschlossen wurde und das der Gewerkschaft mit offenen Armen aufnimmt, um die Kassen notdürftig zu füllen, welche durch die Massenfucht der ehrlichen Elemente verursacht werden.

Germann Martin †. In Siegnitz verschied am 22. Juni nach kurzem, schwerem Krankenlager einer von der alten Garde, der Drechsler, jetziger Ökonom des Gewerkschaftshauses, Hermann Martin. Martin, der noch der alten Kunst der Drechsler als Altgeselle vorstand, hat diese

schon nach kurzer Zeit in das Fahrwasser der modernen Gewerkschaftsbewegung hinübergeleitet. Auch war er es, der während des Sozialistengesetzes seine Berufskollegen zusammenhielt. Seit Gründung des Holzarbeiterverbandes gehörte Martin der Zentralverwaltung teils als erster, teils als zweiter Bevollmächtigter an. Im März 1905 übernahm er die Bewirtschaftung des Gewerkschaftshauses. Sein ruhiges, friedliches Wesen hat viel zur Schlichtung auftretender Differenzen beigetragen, und jeder, der mit ihm in Verbindung gekommen, wird sich gern dem allgemeinen Urteil anschließen. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Im Unternehmerlager herrscht helle Entrüstung über die Holzarbeiterschaft, die durchaus nicht verstehen will, daß sie in der letzten Aussperrung in der Holzindustrie programmgemäß eine Niederlage erlitten hat. Bezeichnend für die Stimmung der Unternehmer ist eine Notiz des „Rheinischen Kurier“. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen“, in der es heißt: „Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hat eben seinen Kiesenstreik (Witt schon! Es handelte sich um eine Kiesenaussperrung) hinter sich und schon rumort es wieder in demselben an allen Ecken und Enden. Überall sind Differenzen ausgebrochen. Vor Zug nach 19 Städten wartet schon wieder der Verband. Die Tischler sollen nach Bromberg, Greifswald, Regensburg, Sagan reisen, die Drechsler nicht nach Breslau, Bernau ufm. Die Verbandsleitung trägt den Kopf wieder sehr hoch... Tatsächlich wird auch von zahlreichen Meistern des früheren Aussperrungsbezirks bittere Klagen darüber erhoben, daß die Gesellen so unfähig sind. Die Abfuhr war nicht gründlich genug. Die Aussperrten haben eben nichts gelernt und nichts vergessen.“

Es ist aber auch wirklich ein Skandal, daß die Holzarbeiter nach wie vor so kampfeslustig sind, und daß sie durchaus nicht einsehen wollen, daß sie eine Niederlage erlitten haben! Wie wäre es mit einer neuen Aussperrung!

Aus der Holzindustrie. Nach dem Bericht der Gewerkschaftskammer Leipzig für das Jahr 1906 hatte im genannten Jahre von den Leipziger Holzbearbeitungsgewerben nur das Korbmacher- und Korbflechtergewerbe über einen besseren Geschäftsgang als im vorhergehenden Jahre berichtet. Als fortgesetzt ungünstig wird dagegen der Geschäftsgang im Drechslergewerbe bezeichnet. Das Bürsten- und Pinselmachergewerbe hat fortgesetzt unter dem Wettbewerb der öffentlichen Anstalten zu leiden, um so mehr, da die Preise für vegetabilische und tierische Rohstoffe bedeutend gestiegen sind und noch weiter steigen. Die Wauktischlerei sowohl als auch die Möbelbranche leiden unter der auswärtigen Konkurrenz, die nach dem Bericht auf den Mangel an gut ausgebildeten Gesellen und auf die in Leipzig so hoch gestiegenen Löhne zurückzuführen sei, eine Begründung, die vollständig daneben tritt. Der Berichterstatter sagt selbst an einer anderen Stelle: „Der Nutzen an der handwerksmäßigen Anfertigung von weißen und einfachen Möbeln wird immer geringer, weil diese Artikel hauptsächlich in Spezialfabriken in Massen hergestellt werden, in denen durch völlige Ausnutzung der Maschinen und Arbeitskräfte billigere Herstellung möglich ist.“ Das ist die wahre Ursache; die Verdrängung der handwerksmäßigen Kleinbetriebe durch die leistungsfähigeren Großbetriebe, gegen die eben alle künstlichen Belebungsvorversuche des Handwerks wirkungslos bleiben müssen.

Nach dem Jahresbericht der Gewerkschaftskammer in Bremen für das Jahr 1906 bis 1907 wird im Bremer Korbmachergewerbe die Konkurrenz durch Gefängnisarbeit drückend empfunden. — Herr Möbelfabrikant H. Schulze, dem das Streikpostenstreben ein besonderer Dorn im Auge ist, meint, wenn er sich auch kein Gesamturteil erlauben wolle, so glaube er doch, daß infolge der Arbeiterschuldschutzgesetzgebung, sowohl durch die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsvorrichtungen wie auch solche, die seitens der Arbeitgeber auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen aus eigenem Antriebe angebracht wurden, die Zahl der Unfälle ganz bedeutend zurückgegangen sei. — Mit dem „eigenen Antriebe“ zu Schuldschutz geht es bei den Unternehmern nicht gerade wohl her, ebenso wenig ist es richtig, daß die Unfälle abgenommen haben; das Gegenteil ist leider zu konstatieren.

Die Holzschmiedwaren-Feinarbeiter im Thüringer Wald haben sich zu einem Schnitzerverband zusammengeschlossen, um höhere Verkaufspreise für ihre Fabrikate zu erzielen. Ein Preisaufschlag wird für alle Holzschmiedwaren als bevorstehend angekündigt.

Die ungarischen Holzarbeiter haben in den zwei letzten Jahren eine erfolgreiche Lohnbewegung geführt. Die Tischler haben bereits auf der ganzen Linie die neunstündige Arbeitszeit erkämpft und die Löhne sind im Verhältnis zu den früheren Jahren erheblich gestiegen. In den zwei Jahren wurde in 108 Werkstätten gestreikt und waren an diesen Streiks 1520 Arbeiter beteiligt, von diesen 825 regelrecht unterstützt, und zwar mit der Summe von 12593 Kronen. Die 825 Arbeiter hatten einen Verlust von 10825 Arbeitstagen zur Zeit der Unterstützung, 5775 Tage vor der Unterstützung, zusammen 16597 Tage. Außerdem streikten 515 Kollegen, die einen Verlust von insgesamt 1960 Tagen hatten; ihr Streik endete jedoch noch vor Beginn der Unterstützung. Die freie Organisation hatte in den Jahren 1905 und 1906 eine Einnahme von 72083,85 Kronen. Die Ausgaben betragen 49 029,71 Kronen. An Streikunterstützung wurden im Jahre 1905 13784 Kronen, im Jahre 1906 2907 Kronen verausgabt. Das Vermögen der freien Organisation betrug Ende 1906 36487,54 Kronen.

Gewerkschaftliches.

Die Gelben und ihre Freunde.

In einer Besprechung der Fortschritte, welche die freien Gewerkschaften im vorigen Jahre erzielt haben, hat das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ auch der gelben Gewerkschaft gedacht und erwähnt, daß auch die auf die Gründung gelber Streikbrecherorganisationen gerichteten Bestrebungen der Unternehmer und ihrer Agenten unseren Vormarsch nicht ernsthaft hindern können. Die Arbeitgeber-

Zeitung" schließt aus dieser Bemerkung, daß die freien Verbände in den „gelben Lumpenorganisationen“ eine besondere gefährliche Konkurrenz erblicken. Das Organ der Scharfmacher fährt dann fort: „Trifft diese Annahme zu, so würde sich daraus für das Unternehmertum unzweifelhaft die Verpflichtung ergeben, in noch weit erheblicherem Maße, als dies bisher der Fall gewesen ist, zugunsten der gelben Arbeiterverbände einzutreten.“ Der Widerspruch, der darin liegt, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ die gelben Gewerkschaften jetzt so angelegentlich dem Wohlwollen der Unternehmer empfiehlt, während sie ihnen von vornherein mit einer gewissen Zurückhaltung entgegengetreten war, wird so erklärt: „Nachdem nunmehr von sozialdemokratischer Seite aus über die „Gelben“ ein derartiges Maß von Angriffen und Beschimpfungen geflügelt wird, daß die Anfeindung der wegen ihres mildernden Radikalismus bestgehaften christlichen und kirchlich-Dunkerischen Arbeiterkorporationen weit hinter sich läßt, stehen wir nicht an, ihnen doch eine nicht unwesentliche Bedeutung für die fernere Zukunft zuzusprechen.“

Wir verstehen die Liebe, mit welcher die „Arbeitgeber-Zeitung“ und ihre Hintermänner bereit sind, sich der gelben Gewerkschaften anzunehmen, nachdem diese auf ihrer Hamburger Tagung sich als würdige Sprößlinge des Reichs-Allgenverbandes ausgewiesen haben. Ob aber die Förderung von jener Seite den Gelben besonders nützlich sein wird, ist eine andere Frage. Je mehr sich die Scharfmacher für eine Arbeiterorganisation interessieren, desto größer ist das Mißtrauen, welches die Arbeiter einem solchen Gebilde entgegenbringen. Und die „Arbeitgeber-Zeitung“ wird nicht zu lange warten brauchen, um zu erkennen, daß die Hoffnungen, welche sie an die Gründung der gelben Gewerkschaften geknüpft hat, vergebliche waren.

Der **Grabenverband** hat auf seiner in Nürnberg abgehaltenen Generalversammlung den Übertritt zum Metallarbeiterverband beschlossen, welcher am 1. Oktober vollzogen werden soll. Der Verband wurde im Jahre 1897 gegründet und zählte am Schlusse des vorigen Jahres 2565 Mitglieder.

Der **Handels- und Transportarbeiterverband** hat, wie der Vorsitzende auf der Generalversammlung, die vom 21. bis 25. Mai in Berlin tagte, mitteilen konnte, seine Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren um 102 Prozent erhöht, so daß sie Ende 1906 81 784 betrug. Der Verband zählt gegenwärtig 84 Beamte, wovon 31 innerhalb der letzten beiden Jahre angestellt wurden. Die Grenzfreitigkeiten mit anderen Verbänden spielten in der Diskussion des Vorstandsberichtes eine große Rolle; ganz besonders wurde über illegale Konkurrenz des Brauerverbandes geklagt, und eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Das in einer Auflage von 100 000 Exemplaren erscheinende Verbandsorgan „*Courier*“ soll statt seither vierzehntäglich vom 1. Juli wöchentlich herauskommen. Zweck der Erweiterung der Frage des Zusammenschlusses der verschiedenen Transportarbeiterorganisationen waren zur Generalversammlung auch die Vertreter der in Betracht kommenden Verbände erschienen. Die Behandlung dieser Frage endete mit der Annahme einer Resolution, in welcher die Generalversammlung dem Zusammenschluß der beteiligten Organisationen auf der von den Zentralvorständen der Transportarbeiterverbände auf der Konferenz vom 7. September 1906 geschaffenen Grundlage zustimmt. Die beschlossenen Statutenänderungen sind nur unbedeutend; zu erwähnen ist, daß der Titel der Organisation der Kürze wegen in „*Deutscher Transportarbeiterverband*“ abgeändert wird. Die Gehälter der Beamten werden neu geregelt, und zwar beträgt der Grundgehalt für den Vorsitzenden 2700, für die übrigen Vorstandsmitglieder und für die Redakteure 2400 Mk., Gauvorsteher, Bevollmächtigte usw. erhalten 2100 Mk. und Hilfsarbeiter 1800 Mk. Sämtliche Gehälter werden jährlich um 90 Mk. erhöht und erreichen in 10 Jahren die Höchstgrenze. Die seitherigen Beamten wurden wiedergewählt.

Der **Metallarbeiterverband** hielt seine Generalversammlung in der Pfingstwoche in München. Bei der Diskussion der Berichte des Vorstands und des Ausschusses wurde unter anderem die Frage, ob an Stelle der Einzelmitgliedschaften in Sachsen Verwaltungsstellen errichtet werden sollen, lebhaft diskutiert, ein dahingehender Antrag aber schließlich abgelehnt. Beschlossen wurde, der „*Metallarbeiter-Zeitung*“ eine Beilage in polnischer Sprache zu geben. Vom vorigen Verbandstag war der Verbandsvorstand beauftragt worden, eine Vorlage für die Klassifizierung der Beiträge zu machen, dieser Auftrag ist jedoch aus Gründen, die der Vorsitzende eingehend darlegte, nicht ausgeführt worden. Nach einer ausgiebigen Diskussion wurde die Einführung klassifizierter Beiträge mit 116 gegen 84 Stimmen abgelehnt; der Umstand jedoch, daß eine verhältnismäßig starke Minderheit für die Einführung von Staffelbeiträgen ist, gab Veranlassung zur Wahl einer Kommission, welche gemeinsam mit dem Vorstand eine entsprechende Vorlage für den nächsten Verbandstag auszuarbeiten soll. Der Wochenbeitrag wurde für männliche Mitglieder auf 60, für weibliche auf 25 Pf. festgesetzt. Den niedrigen Beitrag zahlen auch Lehrlinge und ungelernete Arbeiter unter 18 Jahren. Die Unterstützungen werden in der seitherigen Höhe belassen, nur die Auszahlung der Reiseunterstützung in der Form von Eisenbahnfahrgehl wird aufgehoben. Die Bewilligung von Unterstützungen bei Maßregelung und in Notfällen, sowie die Gewährung von Rechtschutz, worüber bisher der Verbandsvorstand zu bestimmen hatte, wird den Gauvorständen übertragen; ein Antrag, der den letzteren auch die Entscheidung bei Streiks übertragen wollte, wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch ein Vorschlag des Vorstandes, die Wahlen zum internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart und zum nächsten Gewerkschaftskongress auf der Generalversammlung vorzunehmen. Die Generalversammlung wählte nur 7 Delegierte zum internationalen Metallarbeiterkongress in Brüssel, während die Wahl zu den beiden anderen Kongressen direkt durch die Mitglieder erfolgt. — Die seitherigen Beamten des Verbandes wurden wiedergewählt. Die Gehälter

wurden erhöht, und zwar erhält der Vorsitzende Schlichte 4200 Mk., der zweite Vorsitzende Reichel und der Kassier Werner 3600 Mk. Die Gehälter des Sekretärs Massatsch sowie des Redakteurs Scherim werden ebenfalls um je 600 Mk. erhöht. Den Hilfsarbeitern auf dem Verbandsbureau wird ein Anfangsgehalt von 1980 Mk. bewilligt, welches um 60 Mk. pro Halbjahr bis zum Höchstbetrag von 2600 Mk. steigt; in der gleichen Weise sollen auch die Gehälter der Lokalbeamten in den Zahlstellen steigen. Zur Unterstützung von Verbandsfunktionären, zu welchen auch die nebenamtlich als Hauskassierer tätigen Kollegen gezählt werden, wird ein Fonds angelegt, welchem 2 pro Mille der Beiträge zufließen; die Verbandsbeamten können dieser Versicherung beitreten durch Zahlung von 2 pro Mille ihres Gehalts. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die seither geltenden Bestimmungen bezüglich der Reisekosten beibehalten wurden, doch soll diese Frage auf dem internationalen Arbeiterkongress zur Sprache gebracht werden.

Der **Christliche Metallarbeiterverband** erhöhte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 17 140 auf 26 272, also um 9132. Die Einnahmen stiegen von 285 416 Mk. auf 517 899 Mk., das Verbandsvermögen von 192 000 Mk. auf 389 789 Mk.

Unternehmerbewegung.

Der **Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten** hat auf seiner kürzlich in Baden-Baden abgehaltenen Hauptversammlung seine Stellung gegenüber der Arbeiterbewegung präzisiert. Es soll bei allen Differenzen zunächst ein Schiedsgericht in Funktion treten, welches den Streitfall auf gütlichem Wege zu schlichten versuchen soll. Gelingt das nicht, dann soll ein Schiedsspruch gefällt werden, welchem der Arbeitgeber sofort Folge zu geben hat, wenn er zu seinen Ungunsten ausfällt. Wird zuungunsten der Arbeiter entschieden, dann muß schnellstens eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden, um über die nötig werdenden Maßnahmen zu beraten. — Ob diesem Schiedsgerichtsverfahren ein praktischer Wert beizumessen ist oder ob die Einrichtung nur dekorativen Zwecken dienen soll, läßt sich nach dem uns vorliegenden Bericht schwer beurteilen. Jedenfalls wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß es zu großen Differenzen mit den Arbeitern kommen kann. Dementsprechend erhielten die Satzungen eine Fassung, nach welcher der vorhandene Streikabwehrfonds unverzüglich bis zu irgend einer erforderlichen Höhe durch Umlagen aufgefüllt werden und eine partielle oder vollständige Aussperrung aller Mitglieder der im Kampfe befindlichen Arbeiterorganisation beschlossen werden kann.

Ein **neuer Metallindustriellenverband**. Die Metallindustriellen in Karlsruhe und Umgegend, welche bisher dem Metallindustriellenverband für Baden, der Pfalz und den angrenzenden Industriebezirken angehörten, haben eine eigene Organisation gegründet unter dem Namen Verband der Metallindustriellen Mittelbadens. Vorsitzender der Organisation ist der Direktor Rommel von der Nähmaschinenfabrik Ortzner in Durlach. Die Neugründung ist anscheinend zu dem Zwecke erfolgt, um dem Metallarbeiterverband ein stärkeres Gegengewicht entgegenzusetzen zu können, denn die Organisation erstreckt sich auf das gleiche Gebiet, welches die Verwaltungsstelle Karlsruhe des Metallarbeiterverbandes umfaßt.

Soziale Rechtspflege.

Zöpfe im Krankenkassenwesen.

Der Gesetzgeber hat bei den Vertreterwahlen den Versicherten das Recht gegeben, je eine Stimme abzugeben und nach der Art der Beitragszahlung auch zwei Drittel der Vertreter zur Generalversammlung und zum Kassenvorstand zu stellen. Die Arbeitgeber wählen auch ein Drittel der Vertreter. Das ist soweit in Ordnung und wird auch so gehalten. Jedoch ist es aber, daß noch in verschiedenen Ortskassen der Zopf besteht, daß der einzelne Unternehmer nach der Größe seines Betriebs, das heißt nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter das Wahlrecht ausüben kann! So bestimmt zum Beispiel das Statut der Ortskrankenkasse Müdesheim a. Rh.: „Jeder Arbeitgeber, welcher Beiträge aus eigenen Mitteln leistet, führt bei der Wahl auf jedes Kassenmitglied, für welches er Beiträge aus eigenen Mitteln zahlt, eine Stimme!“ Seit Bestehen der Kasse ist diese unrichtige Bestimmung im Kassenstatut erhalten, auch genehmigt worden. Solange nun die Arbeitgeber einig waren, hat man aber von dieser Bestimmung keinen richtigen Gebrauch gemacht, sondern jeder Unternehmer gab nur eine Stimme ab. Das sollte jedoch anders werden. Bei der letzten Wahl bildeten sich zwei Parteien und erklärte die unterlegene Partei nach der Wahl, daß dieselbe nicht statutengemäß vorgenommen worden sei, weil die einzelnen Unternehmer nur je eine Stimme abgegeben hätten. Würde man die Stimmen aber nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter „wiegen“, so hätte die Gegenpartei gesiegt, da diese alle Großunternehmer sind, die mehrere hundert Arbeiter beschäftigen. Die „liegenden“ Kleinmeister sind

jetzt in arger Verlegenheit, da die Regierung auf dem Buchstaben des Statuts besteht, die Wahl für ungültig erklären will. Findet die Neuwahl statt, so siegt natürlich die Liste der paar Großunternehmer und ist die jetzt von Seiten der Handwerkerpartei geplante Statutenänderung umhüllich, da jene auf die einmal „erworbenen“ Rechte nicht mehr verzichten wollen. Der Zopf wird deshalb nicht mehr abzuschneiden sein, da die Versicherten auch „Arbeiter bei Großunternehmern“ sind und auch — „gehörchen“ werden!

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ist **Streikunterstützung einkommensteuerpflichtig?** Auf eine Anfrage, ob Streikunterstützungen einkommensteuerpflichtig sind, hat das sächsische Finanzministerium entschieden, daß die Steuerpflichtigkeit der aus einer Verbandsklasse an Ausländische gewährten Unterstützungen nach § 19 Ziffer 3 des Einkommensteuergesetzes zu beurteilen ist. Nach dieser Bestimmung sind die bezeichneten Unterstützungen in der Hand ihrer Empfänger steuerpflichtig, wenn sich der Verband zu ihrer Verabreichung rechtmäßig verbindlich gemacht hat, den Empfängern also ein klagbares Recht auf jene Unterstützungen zusteht. Trifft diese Voraussetzung nicht zu, so sind die gezahlten Unterstützungsbeträge kein Bestandteil des steuerpflichtigen Einkommens der Empfänger, sondern gehören zu den in § 15 Ziffer 2 des Einkommensteuergesetzes erwähnten außerordentlichen Einnahmen. Da Streikunterstützungen in der Regel nicht einklagbar sind, werden sie wie alle anderen Unterstützungen, für die ein Anrecht auf dem Klagewege nicht geltend gemacht werden kann, als steuerfrei betrachtet werden müssen.

Technisches.

Neue Fachliteratur.

In Nr. 48, Jahrg. 1906 der „*Holzarb.-Ztg.*“ berichteten wir über die ersten drei Hefte des Wertes „*Schlafzimmermöbel*“, einfache bürgerliche Einrichtungen in moderner Stilart. Heute liegen uns die nächsten drei Hefte 4, 5 und 6 zur Besprechung vor. Dieses Werk entstand durch einen Wettbewerb der königl. württembergischen Zentralkasse für Gewerbe und Handel. Der damit verfolgte Zweck richtet sich dahin, den Schreibern in kleinen Städten und auf den Dörfern geeignete Vorbilder zu schaffen, nach welchen sie einfache, geschmackvolle und leicht herstellbare Schlafzimmermöbel liefern können, ohne in den Fehler zu verfallen, schlechte Nachahmungen nach reicher ausgestatteten Vorlagen zu machen. In der Verfolgung dieses gesteckten Zieles sind auch die Entwürfe noch einfacher geworden, als jene waren, welche in den ersten drei Heften zur Veröffentlichung kamen. Es ist auch gar nicht zu bezweifeln, daß solche Aufgabe durchaus nicht leicht ist, Schönheit, Zweckmäßigkeit, sauberste Ausführung mit den einfachsten Mitteln und in den einfachsten Formen zu erreichen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das Unternehmen zu begrüßen. Trotzdem hätte die Herausgabe etwas wohlfeiler sein können, denn der Preis von 2 Mk. für das einzelne Heft ist reichlich hoch und widerstrebt dem von Wohlwollen getragenen Unternehmen. Auf Einzelheiten nochmals einzugehen, erübrigt sich von selbst, da wir nur in Wiederholungen geraten würden und die ersten drei Hefte bereits ausführlich besprochen wurden.

Eingefandt.

Achtung, Drechsler!

In den letzten Monaten ist wieder ein reger Zuzug von Drechslern nach Berlin und Vororten zu verzeichnen. Die Kollegen hoffen hier bald Arbeit zu finden. Um aber die Kollegen vor Enttäuschungen zu schützen, teile ich hierdurch mit, daß seit Januar d. J. einhundert (und darüber) arbeitslose Drechsler auf unserem Arbeitsnachweis eingeschrieben sind, zumeist Familienmänner. Des weiteren mache ich die Kollegen, welche an mich geschrieben haben, betreffs Eingzeichnung in den Arbeitsnachweis darauf aufmerksam, daß laut Reglement jeder Arbeitslose unter Vorzeigung seiner Invalidenkarte persönlich anwesend sein muß und die Arbeitslosenkarte jeden Tag abgestempelt wird. Ferner eruche ich die Kollegen, das Umschauen in den Werkstätten zu unterlassen. Es bestehen Beschlüsse für Drechsler, daß die Arbeitsvermittlung nur von unserem Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, aus erfolgen soll. Ich bitte die Kollegen im Interesse unserer Branche, dieses zu beherzigen. Aug. Pattloch-Berlin, Branchenvertreter der Drechsler

Literarisches.

Eduard Bernstein, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten. Erster Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes. 17 Hefte à 30 Pf. Bis jetzt sind die ersten fünf Lieferungen erschienen. Bestellungen auf das im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Werk nimmt jede Buchhandlung und jeder Kolporteur entgegen. **Anton Pannekoek, Der Kampf der Arbeiter.** Verlag der Leipziger Buchdruckerei A.-G. in Leipzig. Genosse Pannekoek, Lehrer an der sozialdemokratischen Parteischule in Berlin, besitzt zweifellos das Talent eines ausgezeichneten Schriftstellers unserer Partei. Der Preis des Büchleins ist ein ungewöhnlich niedriger. Er beträgt 20 Pf., so daß allen Parteigenossen Gelegenheit geboten ist, die Anschaffung desselben zu ermöglichen.

Briefkasten.

Delmenhorst. Wir sehen den weiteren zweckentsprechenden Maßnahmen entgegen und verzichten auf den Abdruck der Zuschrift.



Mit jedem Tage

kann der Bezug des Fachblatt für Holzarbeiter begonnen werden. Preis bei allen Postämtern und Verwaltungsstellen des Holzarbeiterverbandes für die Monate April, Mai und Juni 1 Mark.

